

# *Algeria-Watch*

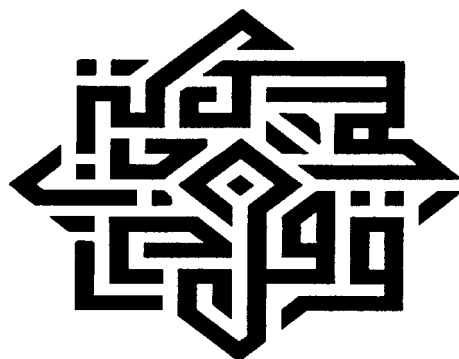
*Infomappe 28*

*Juli 2004*

**"Françalgérie":  
Über den geheimen Krieg und die französischen Machenschaften**

**Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?**

**Observatorium für Menschenrechte in Algerien**



*Postfach 360 164, 10997 Berlin  
Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22  
E-Mail: [algeria-watch@gmx.net](mailto:algeria-watch@gmx.net)  
Im Internet: [www.algeria-watch.org](http://www.algeria-watch.org)*

# Inhalt

## I- Buchrezension

- "Françalgérie": Über den geheimen Krieg in Algerien und die französischen Machenschaften ..... 3

## II- Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?

- Abderrezak "al-Para", das Phantom, das die Touristen in der Sahara entführte..... 9
- USA bekämpfen Terror in Algerien ..... 11
- Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?..... 12
- Algerien gelingt Schlag gegen Islamisten..... 14
- 15 Menschen bei Explosion in algerischem Kraftwerk verletzt..... 15

## III- Menschenrechtverletzungen

- T'kout, Tizi-Ouzou, Serkadji, Châteauneuf... ..... 17
- Observatorium für Menschenrechte in Algerien (Präsentation)..... 19
- Menschenrechtsverletzungen Tag für Tag..... 20
- "Ich erledige dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen!" .22
- "Weder Bouteflika noch dein Gott können dich vor uns retten" ..... 25
- Initiative für eine nationale Wahrheits- u. Gerechtigkeitskommission .... 27
- Amnesty International: Jahresbericht 2004 ..... 29

---

**Algeria-Watch** e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialogs zwischen den Konfliktparteien.

**Algeria-Watch** e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:

Algeria-Watch e.V.  
Bank für Sozialwirtschaft Berlin  
BLZ 100 205 00  
Kontonummer 329 75 00

**Algeria-Watch-Infomappe** erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 2,50 Euro (+ Porto); Abo: 12,- Euro.

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: [algeria-watch@gmx.net](mailto:algeria-watch@gmx.net) Im Internet: [www.algeria-watch.org](http://www.algeria-watch.org)

Impressum

Herausgeber: algeria-watch e.V.

V.i.S.d.P.: B. Soor

# "Françalgérie"

## Über den geheimen Krieg in Algerien und die französischen Machenschaften

Algeria-Watch, Juli 2004

Am 28. April erschien in Frankreich eine von Lounis Aggoun und Jean-Baptiste Rivoire verfasste Untersuchung mit dem Titel: *"Françalgérie", crimes et mensonges d'Etats* (Françalgérie, Staatsverbrechen und –lügen, Paris 2004). Zum ersten Mal wird das Räderwerk der "Todesmaschine" und des begleitenden Propagandaapparates in Algerien minutiös auseinander genommen. Die Autoren untersuchen insbesondere die Rolle Frankreichs in dem Krieg, den die algerische Militärführung gegen ihre eigene Bevölkerung führt. Ohne die Unterstützung der französischen politischen und medialen Klasse hätten die algerischen "Putschisten" nicht bis heute an der Macht bleiben können. Diese Unterstützung ist bedingt durch die wirtschaftlichen Interessen, aber auch durch die Macht und den Einfluss der algerischen Generäle auf die französische Regierung. Viele der offenen Fragen über die jahrzehntealten komplexen Beziehungen zwischen beiden Ländern finden in diesem Buch Antworten.

In Algerien tobte bereits seit über 20 Monaten ein "schmutziger Krieg", als am 24. Oktober 1993 drei französische Konsularangestellte entführt wurden. Zwei Tage später tauchte ein aus London gefaxtes Bekenner schreiben der GIA (Groupe islamique armé) auf, das die Freilassung ihres Anführers Abdelhak Layada forderte, der im Juni desselben Jahres in Marokko festgenommen wurde. Die Gruppe sprach sich "gegen die Versöhnung und den Dialog" aus, eine Position, die übrigens auch von der algerischen Militärführung geteilt wurde. Viele Ausländer fühlten sich sehr verunsichert, und eine französische Botschaftsangestellte, Lucile Schmid, erklärt gegenüber einem der beiden Autoren: *"Wir hatten den Eindruck, dass der [algerische] Staat unser bester Verbündeter sei. Dies hat uns dazu geführt, enger mit den algerischen Behörden zusammenzuarbeiten."*<sup>1</sup> Und in der Tat stellt sich heraus, dass die Kooperation soweit ging, dass die Entführung vom algerischen Geheimdienst DRS in Zusammenarbeit mit der französischen DST (Inlandsgeheimdienst) gesteuert wurde.

Diese Operation sollte die französische Regierung auf die Seite der Kriegstreiber zwingen. Die zwei Journalisten erfuhren, dass Jean-Charles Marchiani, ein enger Berater des Innenminister Charles Pasqua, von dieser Entführung wusste und diese womöglich sogar vorschlug. Er bestätigte, dass er aus Sicherheitsgründen von den Algeriern forderte, dass *"die Operation nicht unkontrollierten Islamisten, sondern Agenten des DRS anvertraut werden sollte."*<sup>2</sup> Die algerischen Behörden verlangten ihrerseits von den französischen Behörden die Festnahme der in Frankreich Zuflucht suchenden FIS-Verantwortlichen. Eine Liste von 162 abzuschiebenden Personen wurde angefertigt und den Algeriern vorgelegt. Schließlich wurden über 180 Personen im November 1993 festgenommen, einige unter ihnen nach Burkina Faso deportiert.

Als Frankreichs Außenminister Alain Juppé sich öffentlich der repressiven Haltung Pasquas anschloss, kamen die drei Geiseln am 30. Oktober frei. Der Erleichterung unter den in Algerien lebenden Ausländern folgte nun der Schock: Die GIA soll allen Ausländern befohlen haben, binnen eines Monats das Land zu verlassen. Frau Thévenot, eine der Geiseln, der diese auf einen einfachen Zettel gekritzelt Botschaft von den Geiselnehmern in die Tasche gesteckt wurde, erzählt zehn Jahre nach dem Vorfall: *"Ich hatte den Befehl, ihn [den Zettel] ... der Presse, dem Fernsehen zu geben, ich weiß nicht mehr. In Wirklichkeit habe ich ihn nicht weitergegeben, weder der Presse, noch den Behörden"*,<sup>3</sup> Es stellt sich also die Frage, wie die algerischen und französischen Behörden wissen konnten, dass ihr eine Forderung der Geiselnehmer, die sie bei sich trug, übermittelt worden war und welchen genauen Gehalt diese hatte.

Diese Entführung ist der Auftakt für eine enge, wenn auch komplexe Zusammenarbeit zwischen den französischen und algerischen Geheimdiensten. Die Beziehungen zwischen beiden Länder gestal-

---

<sup>1</sup> Françalgérie, S. 343

<sup>2</sup> S. 344.

<sup>3</sup> S. 350.

teten sich oft als schwierig, da immer wieder Widerstände innerhalb der französischen politischen Klasse und der öffentlichen Meinung die harte Linie der "éradicateurs" auf beiden Seiten blockierten. "Ende 1993 wurde die Diskreditierung der FIS zunehmend überlebenswichtig für den Eradicateur-Clan, der sich in Algerien mit immer aussichtsreicheren Friedens- und Dialoginitiativen konfrontiert sah."<sup>4</sup>

Seit 1992 wird der Öffentlichkeit eingeredet, der Krieg in Algerien sei bedingt durch den Angriff der Fundamentalisten auf den algerischen Staat und die Demokratie. Die einzige Institution, die gegen diese "Barbaren" angehen könne, sei die algerische Armee. Und der französische Staat verhielte sich in dem Konflikt "neutral" bzw. ihm seien aufgrund der terroristischen Anschläge auf seinem Boden oder gegen seine Bürger die Hände gebunden. Heute, 12 Jahre nach Beginn eines der blutigsten Kriege, der zwischen 100 000 und 200 000 Menschenleben kostete, wird immer deutlicher, dass "dieses Szenario wie eine riesige medienwirksame Konstruktion erscheint".<sup>5</sup>

Mit einer Fülle von Details zeigen Lounis Aggoun und Jean-Baptiste Rivoire die Verwicklung Frankreichs in einen der schmutzigsten Kriege am Ende des letzten Jahrzehnts auf. Akribisch und minutiös zeichnen sie die wichtigsten Etappen eines verdeckten Krieges nach, der unter dem Deckmantel des "Kampfes gegen den Terrorismus" geführt wird. Die algerische Junta bediente sich subversiver und terroristischer Methoden, deren Modell die Franzosen während des algerischen Befreiungskampfes (1954-1962) entwickelten und erprobten. Doch die Schüler übertrafen ihre Meister in der Manipulation und Perversion. Nicht nur in Algerien gelang es den Putschisten, jedes Segment der Gesellschaft entweder für ihre Sache zu gewinnen oder auszuschalten. Darüber hinaus erreichten sie insbesondere die Gleichschaltung der politischen Klasse Frankreichs und der öffentlichen Meinung Europas.

"Françalgérie", der Titel dieses Buches, spielt auf die besonders verwickelten Beziehungen Frankreichs mit Algerien an. Ob historisch, kulturell, ökonomisch, politisch oder militärisch, diese Nähe ist geprägt von Klientelismus, Korruption, geheimen Abmachungen und Paralleldiplomatie, die beide Länder in einem unentwirrbaren Geflecht von mafiösen Verbindungen gefangen hält. Die Autoren zeigen, wie seit 1980 eine kleine Gruppe von algerischen Offizieren, die zum größten Teil aus der französischen Kolonialarmee hervorgingen, sich zusammenschlossen und nach und nach die Stufen der Macht erklommen, während sie die Korruptionsnetze der "Françalgérie" aufbauten. Der Kopf dieser Gruppe ist General Larbi Belkheir, der es stets verstanden hat, aus dem Hintergrund zu agieren. Diese Militärs haben schließlich 1992 die Macht übernommen und sind heute noch die wichtigsten Männer des Regimes.

Das andere Standbein des jetzigen Regime ist der algerische Geheimdienst. Der 1958 gegründete MALG (Ministère de l'Armement, des Liaisons générales et des Communications) legte den Grundstein für die spätere *Sécurité militaire*,<sup>6</sup> die 1990 die Bezeichnung *Département de Recherche et de Sécurité* (DRS) erhielt. Charakteristisch für alle drei ist die allumfassende Kontrollmaschine, mit der sie alle Bereiche des politischen und militärischen Lebens im In- und Ausland überzogen. Seit der Umstrukturierung des Geheimdienstes am Vorabend des Putsches haben die mächtigen Mohamed Mediène, Chef des DRS, und Smaïn Lamari, Chef der Gegenspionage, die Kontrolle über alle "sicherheitsrelevanten" Bereiche übernommen. Ihr besonderes Geschick zeichnet sich darin aus, alle politischen und gesellschaftlichen Strukturen auszuhöhlen, jegliche wirkliche politische Opposition durch heimtückische Manöver zu instrumentalisieren oder kaltzustellen. Eine enge Zusammenarbeit mit der französischen DST entstand, als Yves Bonnet die Leitung letzterer übernahm.<sup>7</sup> Er lernte den damaligen Kommandanten Smaïn Lamari kennen, mit dem er in den darauffolgenden Jahren oft Gelegenheit zur Zusammenarbeit haben wird. Der Auftakt der Kooperation der beiden Geheimdienste auf französischem Boden geschah im Zusammenhang mit der Liquidierung von Ali Mecili, einem engen Mitarbeiter von Hocine Aït-Ahmed, dem Vorsitzenden der FFS (Front des forces socialistes), im April 1987. Amellou, der vom algerischen Geheimdienst für den Mord angeheuert worden war, wurde mit Hilfe der französischen DST nach Algerien exfiltriert, so dass die Ermittlungen nicht abgeschlossen werden konnten.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> S. 356.

<sup>5</sup> Françalgérie, Klappentext.

<sup>6</sup> S. 42.

<sup>7</sup> S. 96.

<sup>8</sup> S. 109ff.

Smaïn Lamari wird seinerseits in den neunziger Jahren seine exzellenten Beziehungen zur DST im Dienst machiavellistischer Projekte zu nutzen wissen. *"Um die algerischen Oppositionellen in Frankreich besser infiltrieren und beobachten zu können, soll M'hamed Tolba, Chef der DGSN (algerische Polizei), vom französischen Geheimdienst nahe gelegt worden sein, den Franzosen Agenten zur Verfügung zu stellen (...). Aber von den Dutzenden Polizeioffizieren, die von M'hamed Tolba nach Frankreich geschickt worden waren, sollen einige angefangen haben, für den DRS zu arbeiten, wurden also ‚Doppelagenten‘."*<sup>9</sup>

### **Frankreich wird immer mehr in den "schmutzigen Krieg" verwickelt**

Der bewährte Einsatz von Geheimdienstagenten und die Manipulation der Islamisten in Algerien (die Autoren zitieren Namen von Agenten, die bewaffnete Gruppen anführten und die Ermordung von Polizisten, Spitzel oder Richter anordneten<sup>10</sup>) erfolgte auch in Frankreich. Als Ende November 1994 die algerische Opposition sich unter der Schirmherrschaft der San Egidio-Gemeinschaft zum ersten Mal in Rom traf und eine Plattform zur Lösung der Krise erarbeitete, erhielt sie die Unterstützung von Präsident François Mitterrand und Außenminister Alain Juppé. Auch Bill Clinton und Helmut Kohl sollen die Initiative interessant gefunden haben. Die algerische Militärführung war sehr besorgt um die weitere Unterstützung Frankreichs. Mit einer Entführung eines Flugzeugs der Air France Weihnachten 1994 wurde erneut auf die französische Regierung Druck ausgeübt. Unzählige Ungereimtheiten begleiten diese kuriose Affäre, in der drei Geiseln von dem Kommando liquidiert und alle Entführer von der französischen Sondereinsatztruppe GIGN getötet wurden. Die Ermittlungen auf französischer Seite wurden von den algerischen Behörden blockiert. Aggoun und Rivoire, die eine Vielzahl von Indizien sammelten und zahlreiche Interviews führten, kommen zu dem Schluss, dass diese Entführung vom algerischen Geheimdienst inszeniert wurde.<sup>11</sup> Zu diesem Ergebnis kommen allerdings auch andere wie beispielsweise der ehemalige Antiterror-Richter Alain Marsaud, der gegenüber einem der Autoren die Frage aufwarf, *"ob es sich nicht um eine kompliziertere Operation der algerischen Regierung handelt, die festgestellt hat, dass Gewalt angewendet werden muss, um Druck auf Frankreich auszuüben."*<sup>12</sup>

In den folgenden Monaten haben noch weitere Anschläge Frankreichs Politiker in die Zange genommen, zumal sich die algerische Opposition Anfang Januar 1995 auf eine Plattform zur Lösung der Krise einigte. Manche französischen Politiker und Intellektuelle begrüßten diese Initiative, sehr zum Missfallen der algerischen Junta. Neben einer außerordentlichen Kampagne gegen die Unterzeichner der Plattform, die als Komplizen des Terrorismus bezeichnet wurden, wurde nun zunehmend auch Frankreich zur Zielscheibe der Gewalt: Im Juli 1995 wurde Cheikh Sahraoui, ein 85-jähriger Imam einer Moschee in Paris, ermordet. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der FIS und war als gemäßiger Islamist ein Ansprechpartner der französischen Behörden, was der radikalen Fraktion des algerischen Regime missfiel.

Dieser Mord gilt als Auftakt für die sechs Bomben, die in den Pariser Metrostationen gelegt wurden und Frankreich drei Monate lang in Angst und Schrecken versetzten. Dabei kamen acht Menschen ums Leben und über 200 wurden verletzt.<sup>13</sup> Sofort wurde die GIA für diese Taten verantwortlich gemacht, doch die Ermittlungen stockten. Der Hauptverantwortliche, Ali Touchent, der bekanntlich für den algerischen Geheimdienst tätig war, konnte unbehelligt nach Algerien ausreisen, obwohl er den französischen Behörden bekannt war. Doch andere, die in diese Anschläge verwickelt waren, wurden festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt. Das Gericht wich allerdings der Frage nach der Verwicklung des algerischen Geheimdienstes geschickt aus.

Im Rückblick erscheint diese Anschlagsserie als ein erfolgreiches Mittel, um die französische politische Klasse zu knebeln. *"Die Anschläge vom Sommer 1995, die von der Presse systematisch den 'Islamisten der GIA' zugeschrieben werden, bringen die Regierung Juppés in Bedrängnis und lassen seine nuancierte Position zur Algerienpolitik untragbar werden."*<sup>14</sup> Vielen waren die Machenschaften

<sup>9</sup> S. 335-336.

<sup>10</sup> "Eine der bestgelungenen Einschleusungen war die von Leutnant des DRS Farid Achi", der sich als Islamist ausgab und bereits zu Beginn des Jahres 1992 als einer der wichtigsten Männer der sich formierenden Untergrundbewegung mobile Gruppen in den Städten bildete. Idem, S. 275-276.

<sup>11</sup> S. 413-418.

<sup>12</sup> S. 418.

<sup>13</sup> S. 448-459.

<sup>14</sup> S. 453.

des algerischen Geheimdienstes schon lange bekannt, doch jede Position gegenüber dem Konflikt in Algerien gestaltete sich als heikel. Eine offene Unterstützung des Regime war kompromittierend, eine Verurteilung seiner brutalen und subversiven Methoden konnte einen erneuten Gewaltausbruch auf französischem Boden auslösen. Schließlich fuhr die französische Regierung fort, das Regime diskret zu unterstützen, wie sie es immer tat. Erschreckend ist dabei, dass sehr viele französische Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und im Geheimdienst genau wussten, dass die Anschläge vom DRS beauftragt worden waren. Mehrere Ermittler bestätigen dies. Alain Marsaud bestätigte, dass, wenn sie der Hierarchie der agierenden Gruppen nachgingen, sie irgendwann auf Agenten des DRS stießen.<sup>15</sup> Offensichtlich schienen diese Anschläge manchen zu weit zu gehen: Der ehemalige französische Innenminister Jean-Louis Debré beschloss, Mitte September 1995 den algerischen Machthabern auf Umwegen deutlich zu machen, dass die französische Regierung wusste, wer die Anschläge verübt hat und damit eine Grenze überschritten wurde. Er organisierte eine Pressekonferenz, um laut zu fragen, ob hinter diesen Terrorakten nicht eine Manipulation der algerischen Behörden stünde. Doch trotz dieser Warnung<sup>16</sup> und der darauffolgenden Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Regierungen, war das Ziel der algerischen Militärführung erreicht: Frankreichs Politiker blieben in Zukunft mit Kritik an den algerischen Methoden sehr zurückhaltend.

### **Die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission wird von Frankreich torpediert**

Ein jeder erinnert sich an die grausamen Massaker, die ab 1996 fast täglich in den Medien gemeldet wurden. Die GIA unter der Führung von Antar Zouabri (der im Juli 1996 die Nachfolge von Djamel Zitouni übernommen hatte) wurden systematisch dafür verantwortlich gemacht, ob sie sich dazu bekannten oder nicht. Angesichts vieler Fragen bezüglich der Umstände, unter denen diese Verbrechen verübt wurden, und der Haltung der algerischen Armee wurde ab dem Frühjahr 1997 die Forderung nach einer internationalen Untersuchungskommission von unterschiedlichen Stellen gestellt. Die damalige UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson, der Generalsekretär der UNO Kofi Anan und mehrere europäische Regierungen äußerten Bedenken an der offiziellen algerischen Behauptung, die Regierung unternehme alles, um die Zivilbevölkerung zu schützen, und forderten eine Intervention von außen.

Eine internationale Bewegung begann sich zu formieren und rief nach der Wahrheit über die Verantwortlichen der Massaker. Die algerische Militärführung war in Aufruhr, denn auf keinen Fall sollten ausländische Beobachter vor Ort ungehindert Untersuchungen durchführen dürfen. Und prompt eilten französische Politiker den algerischen Machthabern zu Hilfe. Der damalige französische Außenminister Hubert Védrine zum Beispiel lehnte jede "Möglichkeit der internationalen Aktion" ab. Selbst der Regierungschef Lionel Jospin, der für seine kritische Haltung gegenüber der algerischen Junta bekannt war, drückte öffentlich sein Bedauern aus, nicht tatkräftiger agieren zu können. Er erklärte während einer Nachrichtensendung vom 29. September 1997 (wenige Tage nach den großen Massakern von Rais, Sidi Hamed und Bentalha mit insgesamt über 1000 Toten): *"Im Fall Algerien ist die große Schwierigkeit, dass wir nicht verstehen, was sich in Wirklichkeit dort abspielt (...) wir sind gegen eine fanatische und gewalttätige Opposition, die gegen eine Herrschaft kämpft, die selbst in gewisser Weise die Gewalt und die Macht eines Staates benutzt. Wir müssen also sehr vorsichtig sein (...) Ich muss an die Franzosen denken: Wir sind schon getroffen worden. Ich muss diese Fragen berücksichtigen. Ich bin der Ansicht, dass wir unsere Verantwortung tragen, aber indem wir daran denken, dass die französische Bevölkerung auch geschützt werden muss. Es ist schwer, dieses zu sagen, aber sie werden auch verstehen, warum es in meiner Verantwortung liegt, dies zu sagen."*<sup>17</sup>

Alain Chenal, Parteigenosse von Jospin und Algerienbeauftragter der Sozialisten bestätigte später gegenüber einem der beiden Autoren des Buches: *"Dies bedeutet, dass die französischen Politiker über das algerische Regime nicht das sagen können, was sie zu sagen hätten, weil sie Angst vor den Bomben haben."*<sup>18</sup>

Die Haltung der französischen Regierung wurde von einer beispiellosen Medienkampagne begleitet, in der vor allem Intellektuelle wie André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy eine herausragende

---

<sup>15</sup> S. 456.

<sup>16</sup> S. 458.

<sup>17</sup> S. 525-526.

<sup>18</sup> Idem.

Rolle spielten. Sie reisten Ende 1997 und Anfang 1998 nach Algerien und wurden zu diversen Schauplätzen von Massakern geführt, um die "richtigen" Überlebenden und Zeugen zu treffen. Nach ihrer Rückkehr nach Frankreich produzierten sie Artikel und Filme, die die algerische Armee von jeglichem Vorwurf freisprachen und allein die Islamisten für die Massaker verantwortlich machten.<sup>19</sup> Die Artikel wurden in verschiedene Sprachen übersetzt und in den größten europäischen Zeitungen veröffentlicht, auch in deutschen. Die französische Unterstützung für das algerische Regime hatte zur Folge, dass die Frage nach der Identität der Verbrecher zum Tabu erklärt wurde. In der Zwischenzeit *"bemüht sich die französische Diplomatie hinter den Kulissen darum, jedes Projekt einer internationalen Untersuchungskommission zu vereiteln"*<sup>20</sup>.

*"Im Januar 1998, nachdem der Fernsehsender Canal+ in seiner Nachrichtensendung Vrai Journal mehrere Reportagen gesendet hatte, die die Verantwortung des DRS für die Massaker thematisierten, lädt der Moderator Karl Zéro Hubert Védrine, den Außenminister von Lionel Jospin, zu einem Interview über die Außenpolitik Frankreichs ein. Zum großen Erstaunen der Journalisten der Agentur CAPA, die die Reportagen für Vrai Journal realisieren, erscheint der Minister persönlich zu ihrem wöchentlichen Abendessen (...): 45 Minuten lang spricht er nur davon [das algerische Dossier] und bestätigt ausführlich, dass die algerische Armee nichts mit den Massakern zu tun hat."*<sup>21</sup>

Um dennoch den Anschein der Transparenz zu erwecken, wurde eine Delegation von Europaabgeordneten unter der Leitung des alten "FLN-Freundes" André Soulier nach Algerien eingeladen.<sup>22</sup> *"In der Erwartung des Besuches der Europaabgeordneten setzen die algerischen Behörden ihre Oppositionellen stark unter Druck. Am 4. Februar stürmen an die zwanzig Polizisten und Militärs in die Wohnung von Mahmoud Khelili, Rechtsanwalt und bekannter Menschenrechtler, und entführen zwei seiner Söhne. Am 6. verschärfen sich der Druck, die Drohungen und Entführungsversuche gegenüber Ahmed Djeddaï, Generalsekretär der FFS."*<sup>23</sup> Die viertägige Mission der Abgeordneten wurde minutiös durchgeplant, nichts dem Zufall überlassen. Der algerische Geheimdienst stattete den Bewohnern von Bentalha einen Besuch ab: *"Die Botschaft war klar: 'nichts sagen, nicht sprechen.' Die Behörden schlagen den ausländischen Journalisten, die den Besuch der Europaabgeordneten begleiten, vor, Algerien zu treffen, die behaupten 'Opfer der Islamisten' gewesen zu sein: 'Sie boten uns Zeugen an, die ihre Geschichte auf Französisch, Englisch oder Deutsch erzählen konnten, entsprechend der Nationalität des Journalisten, den sie ansprachen"*<sup>24</sup>

Das Ergebnis der Mission entsprach voll und ganz den Erwartungen der algerischen Führung. In dem am 27. Februar veröffentlichten offiziellen Bericht der Delegation *"behauptet die Delegation gegen jede Augenscheinlichkeit, dass die Sicherheitskräfte, in die Massaker nicht verwickelt sind, aber eine für die Bekämpfung der mutierten Formen des Terrorismus schlecht ausgebildete und bewaffnete Armee bilden."*<sup>25</sup> Währenddessen *"betätigt sich die französische Diplomatie hinter den Kulissen, um jegliches Projekt einer internationalen Untersuchungskommission zu torpedieren."*<sup>26</sup>

Schließlich wurde auch noch die UNO manipuliert: Die algerischen Machthaber genehmigten eine Informationsmission von einer von Kofi Anan in Absprache mit ihnen zusammengestellten Delegation, die im August 1998 Algerien bereiste. Erwartungsgemäß diente diese Delegation der Entlastung der algerischen Regierung.<sup>27</sup> *"Indem sie leicht manipulierbare Persönlichkeiten in Algerien empfangen, ist es schließlich den Generälen der Eradicateurs-Fraktion gelungen, sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft freizukaufen. Schlimmer noch, sie werden sich auf diese Besuche beziehen, um jeden Versuch der Opposition und jede Verurteilung ihrer Verbrechen zu disqualifizieren."*<sup>28</sup> Das Ergebnis der Unternehmung war die Zerschlagung der internationalen Bewegung, die eine Wahrheitskommission über die Massaker in Algerien forderte.

---

<sup>19</sup> S. 541f.

<sup>20</sup> S. 547.

<sup>21</sup> idem

<sup>22</sup> S. 546-547.

<sup>23</sup> S. 546.

<sup>24</sup> S. 546.

<sup>25</sup> S. 547.

<sup>26</sup> S. 547.

<sup>27</sup> S. 553-554.

<sup>28</sup> S. 554.

## Frankreichs Politiker sorgen für die Straflosigkeit algerischer Generäle

Der vor dem Hintergrund der Massaker stattfindende unerbitterte Machtkampf zwischen den Hardlinern der Militärführung und dem Klan des Präsidenten Zeroual fand sein Ende im September 1998, als dieser seinen Rücktritt ankündigte. Im April 1999 wurde Bouteflika, als Kandidat der Armee und nachdem die sechs anderen Kandidaten sich zurückgezogen hatten, zum Staatspräsidenten gewählt. Die Zeit der angeordneten Normalisierung wurde mit dem Gesetz der "zivilen Eintracht" eingeleitet. Auch die westlichen Partner Algeriens spielten das Spiel mit ungeachtet der fortwährenden Verbrechen. So empörte sich keiner über die im November 1999 vom DRS angeordnete Liquidierung von Abdelkader Hachani, der Nummer drei der FIS, der die Partei 1991 zu den Wahlen geführt hatte. Auch fanden die vielen Enthüllungen ehemaliger Armeeinghöriger über die Verantwortung der algerischen Militärs für die massiven Menschenrechtsverletzungen und vor allem die Manipulation der islamistischen Gewalt in Europa und insbesondere in Frankreich kaum Gehör. Und als im April 2001 gegen General Khaled Nezzar, den ehemaligen Verteidigungsminister und Mitverantwortlichen des Putsches und des Aufbaus der "Todesmaschine", eine Anzeige wegen Folterungen gestellt wurde, konnte dieser mit Hilfe französischer Behörden exfiltriert werden, um sich der französischen Justiz entziehen zu können.<sup>29</sup>

Bis heute bietet der französische Staat der algerischen Militärführung Rückendeckung. So wurde das Jahr 2003 in Frankreich als "Jahr Algeriens" gefeiert, und alle staatlichen Medien zeichneten sich bis auf sehr wenige Ausnahmen dadurch aus, ein besonders positives Bild Algeriens zu zeigen und die vielen offenen Fragen zur Lage der Menschenrechte, der ökonomischen wie sozialen Misere auszublenden oder dem "islamistischen Terrorismus" zuzuschreiben.

Die algerischen Generäle, die für die blutigen Jahre verantwortlich sind, werden heute mehr denn je von europäischen und amerikanischen Politikern aus ökonomischen und strategischen Interessen hofiert. Die verschiedenen Versuche, in Frankreich gegen sie Strafanzeige zu stellen, sind gescheitert (in Algerien ist es für die Opfer völlig ausgeschlossen, gegen die Generäle gerichtlich vorzugehen) und zeigen die Grenzen einer französischen Justiz auf, die sich dem politischen Diktat beugt. Da weiterhin die Möglichkeit, im Ausland vor Gericht gestellt zu werden, besteht, arbeitet die algerische Regierung an einer Generalamnestie, die ihre Straflosigkeit garantieren soll.<sup>30</sup> Bouteflika soll zu Mary Robinson gesagt haben: *"Ich bin der einzige, der verhindern kann, dass sie [die Generäle] vor den Strafgerichtshof gestellt werden"*<sup>31</sup>. Er ist wahrscheinlich aus diesem Grund bei den letzten Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2004 zum heimlichen Favoriten der Militärführung auserkoren worden. Und Präsident Chirac eilte eine Woche nach seiner Wiederwahl nach Algier, um ihm persönlich zu seinem Sieg zu gratulieren! Unter diesen Umständen scheint der Amnestierung der Generäle nicht mehr viel im Weg zu stehen.

Dieses knapp sechshundertseitige Buch ist eine Pflichtlektüre und ein herausragendes Nachschlagewerk für jede Person, die die algerische Tragödie verstehen will. Der Rückblick auf den blutigen Eroberungskrieg Frankreichs ab 1830 und die nicht weniger unbarmherzigen Methoden, die während des Unabhängigkeitskrieg angewandt wurden, zeigt die Kontinuität der "subversiven" Methoden, die die Schüler der französischen Generäle Bigeard, Aussaresses, Massu und Co meisterlich in die Gegenwart zu übertragen wissen. Wer die Geschehnisse in Algerien in den letzten fünfzehn Jahre mitverfolgt hat, wird nicht selten über Zusammenhänge zwischen Ereignissen, die scheinbar nichts verbindet, erstaunt sein. Kein Wunder, dass das Buch in Frankreich von den Medien kaum beachtet wird, denn selbst wenn nur die Spitze des Eisberges bekannt werden sollte, ahnt der Leser bereits, dass die Verantwortung der französischen Regierung, Medien, Wirtschaft und des Militärs weit über das hinaus gehen dürfte, was beide Journalisten in müheseliger Recherchearbeit aufgedeckt haben. Dieses Buch ist ein Beitrag zum Verständnis der hochperfektionierten Todesmaschine, die weit über 100 000 Menschen das Leben kostete, aber auch der französischen Nachsicht, die einer Komplizenschaft in Verbrechen gegen die Menschheit gleichkommt.

---

<sup>29</sup> S. 570-571

<sup>30</sup> S. 586

<sup>31</sup> S. 587.

# **Abderrezak "al-Para", das Phantom, das die Touristen in der Sahara entführte**

Salima Mellah, 14. Juni 2004

Amari Saïfi alias Abderrazak "al-Para" gehört zu den meistgesuchten Terroristen auf der Welt. Obwohl es heißt, er sei Fallschirmjäger der algerischen Spezialkräfte gewesen, gibt es von ihm nur ein Phantombild. Als Nummer zwei der GSPC (Groupe salafiste pour la prédication et le combat), eine Abspaltung der berühmt-berüchtigten algerischen GIA (Groupe islamique armé), wird "al-Para" für das spektakuläre Geiseldrama im Jahr 2003 verantwortlich gemacht. Zwischen dem 22. Februar und dem 23. März 2003 wurden 32 Europäer (16 Deutsche, 10 Österreicher, 4 Schweizer, ein Niederländer und ein Schwede) in der algerischen Sahara entführt. Die erste Gruppe mit 17 Personen kam am 12. Mai in Südalgerien frei, die zweite erst am 18. August 2003 in Mali. Eine Geisel der zweiten Gruppe ließ ihr Leben.

Diese Geisellaffäre wirft heute, fast ein Jahr danach, immer noch unzählige Fragen auf. Im Grunde bleibt die Identität der Entführer bis heute ungeklärt, da sie sich nie öffentlich zu der Entführung bekannt und keine Forderungen gestellt haben. Die algerische Presse machte die GSPC von Anfang an dafür verantwortlich. Doch erst am 23. August 2003, also nach der Freilassung aller Geiseln, bezog sich die Zeitung El Khabar auf ein angebliches Schreiben von "al-Para" vom 18. August (der Tag der Freilassung der zweiten Gruppe), in dem er sich zu der Tat bekannt haben soll, ohne aber die GSPC namentlich zu erwähnen. Der genaue Wortlaut des Textes ist nicht bekannt.

Dass die Tat der GSPC zugeschrieben wurde, war anfänglich überraschend, da nie zuvor über Aktivitäten der GSPC, die vor allem in der Kabylei agiert, so weit im Süden Algeriens berichtet worden war, und eine solche Operation neben genauen Ortskenntnissen eine anspruchsvolle Logistik und lokale Kontakte verlangt. Dennoch etablierte sich die zumeist unhinterfragt übernommene These, dass die GSPC für die Entführung der Touristen verantwortlich und der Anführer der Geiselnnehmer Abderrezak "al-Para" sei.

War schon während der Entführung vielfach über eine Beteiligung des algerischen Geheimdienstes (DRS: Département de recherche et de sécurité) an der Operation spekuliert worden, werden im Lichte der letzten Ereignisse noch größere Zweifel an der Identität von "al-Para" und der gesamten oder Teile der GSPC laut. "al-Para" ist ein Phantom, ein Springteufel der keine Verlautbarungen macht, von dem kein Bild bekannt ist, der weder eine politische Analyse noch eine Strategie vorschlägt.

Die monatelangen Geheimverhandlungen zwischen der algerischen Regierung und verschiedenen Behörden der Herkunftsländer der Geiseln ließen die Frage aufkommen, ob die Bedingungen für eine eventuelle Freilassung von den Entführern selbst oder vom algerischen Geheimdienst gestellt werden. Auch fast ein Jahr nach dem Drama ist es immer noch nicht möglich, die Odyssee der Geiseln wirklich zu rekonstruieren. Eines der Opfer berichtete in einer Fernsehsendung, dass mit der Entführung Lösegeld gefordert, aber auch die Weltöffentlichkeit auf die dramatische Situation in Algerien aufmerksam gemacht werden sollte.<sup>1</sup> Doch drang hiervon während der Entführung nichts an die Öffentlichkeit, und das im Zeitalter des Internets, in dem auch die GSPC über eine Webseite verfügt.

Sowohl der Verlauf der Operation als auch die Freilassung der ersten Gruppe bleiben bis heute im Dunkeln. Es ist bekannt, dass das algerische Militär, aber auch europäische und amerikanische Sicherheitsdienste die Bewegungen der Opfer und ihrer Entführer genauestens verfolgt haben. Hohe Staatsfunktionäre aus Deutschland (Außenminister Joschka Fischer, Innenminister Otto Schily und der Präsident des Bundesnachrichtendienstes August Hanning mit einer hochrangigen Delegation), der Schweiz und Österreich reisten nach Algerien, um eine Lösung zu finden. Die damals verhängte Nachrichtensperre zeigt bis heute ihre Wirkung, denn über die Verhandlungen und die Umstände der Freilassungen ist nichts bekannt geworden. Diese Treffen auf höchster Ebene deuten auf eine Dimension der Angelegenheit hin, die weit über die Geiseltragödie selbst hinausweist. Ende Juli 2003 wurde be-

---

<sup>1</sup> Die Familie Bleckmann wurde in die ARD-Sendung Beckmann am 19. Mai 2003 eingeladen.  
<http://www.daserste.de/beckmann/aktuell.asp?datum=19.05.03>

richtet, dass die US-Armee beabsichtigt, in Südalgerien eine Militärbasis einzurichten, was später wieder dementiert wurde.

Weder die deutsche noch die Schweizer Regierung hat offiziell zugegeben, Lösegeld gezahlt zu haben. Erst viel später wurde über Beträge in Millionenhöhe spekuliert. Die deutsche Regierung soll Zeitungsmeldungen zufolge etwa 5 Millionen Euro gezahlt haben, und zuletzt rechnete die NZZ am Sonntag vom 16. Mai 2004 vor, dass die Schweizer Regierung 4,6 Millionen Dollar an die GSPC übergeben haben soll.<sup>2</sup>

Nach der Freilassung der zweiten Gruppe am 18. August 2003 wurde immer häufiger von einem Erstarken der GSPC berichtet. Sie soll die Sahelzone als neues Aktionsfeld gewählt und sich mit den reichlich fließenden Lösegeldern Waffen, Geländewagen und Kämpfer beschafft haben. Angesichts der Tatsache, dass die algerischen Militärs während der monatelangen Geiselhafte genau gewusst haben sollen, wo sich die Gruppe jeweils befand, ist es mehr als verwunderlich, dass es ihnen nach der Freilassung der Geiseln nicht möglich gewesen sein soll, die Entführer aufzuspüren. Die angeblich von dieser Gruppe ausgehende Gefahr wird allerdings immer häufiger und eindringlicher beschworen.

Das algerische Regime fühlt sich dazu berufen, dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus beizutreten. Die USA hatten zu Beginn des Konfliktes in Algerien mit der Machtübernahme der Islamisten gerechnet und waren gegenüber den algerischen Generäle sehr zurückhaltend gewesen. Doch heute sieht die Lage völlig anders aus: Noch nie waren die Beziehungen zwischen Algerien und den USA so gut. Die GSPC wird - sehr zur Zufriedenheit der algerischen Machthaber - als eine der gefährlichsten islamistischen Gruppen samt Verbindungen zu al-Qaïda präsentiert und seit 2002 auf der amerikanischen Liste der internationalen Terrororganisationen geführt. Sowohl algerische Geheimdienstler als auch andere Experten stellen diese Verbindungen zwischen der GSPC und al-Qaïda in Frage.<sup>3</sup>

Die USA ihrerseits lancieren ihre "Pan-Sahel-Initiative", die unter dem Deckmantel einer Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen der militärischen Erschließung der Region dient. Im März 2004 lud die US-Armee die Generalstabchefs der Maghreb- und Sahelländer zu einem Gipfeltreffen in ihr deutsches Hauptquartier in der Nähe von Stuttgart. Die Beziehungen zwischen Algerien und den USA waren nie so gut. Die Amerikaner sehen Algerien als einen "Schlüsselstaat", der im neuen Kooperationsprogramm mit dem Mittleren Osten ("Greater Middle East") der langfristigen Sicherung ihrer Interessen dient. Immer deutlicher wird zudem, dass das Eindringen der USA in die Region auch von der Rivalität mit Frankreich motiviert wird.

Abderrazak "al-Para" wird seit dem Geiseldrama mit internationalem Haftbefehl gesucht, auch von Deutschland. Er irrte mit seiner Gruppe von Mali in den Niger und schließlich in den Tschad. Immer wieder wurde er an einem anderen Ort lokalisiert, zu fassen sei er aber nie gewesen. Vor einiger Zeit wurde berichtet, er sei im Tibesti (Tschad) von einem Felsen gestürzt und dabei ums Leben gekommen. Kurz darauf jedoch hieß es, eine tschadische Oppositionsgruppe, die MDJT (Mouvement pour la démocratie et la justice au Tchad), habe ihn am 16. März 2004 mit seinen Männern gefangen genommen. Die französische Zeitung Le Monde vom 26. Mai berichtete zwei Monate später, die MDJT habe der algerischen Regierung angeboten, "al-Para" an sie zu übergeben, was diese jedoch mit der Begründung abschlug, er sei noch nicht identifiziert worden. Die deutsche Staatsanwaltschaft ihrerseits soll die Identität des Geiselnahmers aber bestätigt haben,<sup>4</sup> was jedoch nicht zu einer Übernahme des Gefangenen führte. Auch Kontaktaufnahmen mit Frankreich und den USA seien laut Vertretern der tschadischen Gruppe in Paris ergebnislos verlaufen. Keine der in der internationalen "Terrorismusbekämpfung engagierten Regierungen" scheint den gefährlichen Terroristen haben zu wollen. Nicht einmal die Amerikaner, die laut der algerischen Zeitung Le Matin doch Militärbasen in der Sahel-Region, die ihnen als "neues Afghanistan" gilt, einrichten wollen, um die Gruppe dieses Top-Terroristen unschädlich zu machen.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Le Quotidien d'Oran, 18. Mai 2004.

<sup>3</sup> Ex-Oberst Mohamed Samraoui und ex-Adjutant Abdelkader Tigha bspw. betonen, dass die bewaffneten islamistischen Gruppen in Algerien keine Verbindungen zu al-Qaïda haben.

<sup>4</sup> Die FAZ vom 27. Mai 2004 berichtet, dass die "Bundesanwaltschaft in Karlsruhe schon am 18. Mai bestätigt hatte, daß Saifi im Tschad festgesetzt worden sei. (...) Der Bundesgerichtshof hatte im September 2003 Haftbefehl gegen Saifi und weitere mutmaßliche Geiselnahmer erlassen."

<sup>5</sup> Le Matin, 7. Juni 2004.

Der staatliche französische Radiosender RFI (Radio France International) berichtete schließlich am 2. Juni 2004, "al-Para" sei von seinen eigenen Leuten für 200 000 Euro aus den Händen der tschadischen Rebellengruppe freigekauft worden. Dies wurde zwar von dem Vertreter der MJDT in Paris dementiert, doch der Journalist Richard Labévière, der diese Information verbreitete, bestätigte nochmals laut Le Matin vom 7. Juni 2004 diesen Freikauf. Es ist dabei allerdings kaum vorstellbar, dass die algerische Militärführung eine solche Transaktion der GSPC unkontrolliert geschehen lässt.

Die widersprüchlichen Angaben über den Verbleib von "al-Para" machen einmal mehr deutlich, dass es sich um eine ebenso suspekte wie hochbrisante Angelegenheit handelt, in die immer mehr Länder involviert werden. Washington sieht in der Sahelzone die Gefahr eines Rückzugsgebiet mit al-Qaida verbundener Kämpfer aus Afghanistan. Damit soll die Einrichtung einer Militärbasis der amerikanischen Spezialkräfte mit einer Kapazität von 400 Soldaten im Süden von Tamanrasset (Algerien) gerechtfertigt werden. Die bei Stuttgart stationierte Führung der amerikanischen Streitkräfte in Europa, von der die Anti-Terror-Einsätze koordiniert werden, beabsichtigt im Rahmen der US-amerikanischen "Pan-Sahel-Initiative" den Aufbau kleiner Anti-Terror-Einheiten zunächst in Mali, Niger, Mauretanien und Tschad<sup>6</sup>

Offensichtlich haben sich die Beziehungen zwischen den algerischen Militärs und Washington deutlich verbessert, seit es ersteren gelungen ist, die GSPC in die US-amerikanische Liste der terroristischen Organisationen, die möglicherweise Beziehungen zu al-Qaida unterhalten, aufnehmen zu lassen. Es ist sogar die Rede davon, dass die USA beabsichtigen, ihr Waffenembargo gegenüber Algerien aufzuheben. Eins ist sicher: Das Bild einer radikalen, gefährlichen, mit al-Qaida verbundenen GSPC, deren Anführer einem Springteufel gleich hie und da Schrecken verbreitet, ist nicht nur den USA nützlich, sondern erweist sich auch für die zivilen und militärischen Machthaber in Algerien in ihren Beziehungen zu den USA als sehr vorteilhaft. Nichts ölt die Freundschaft mehr als ein gemeinsamer Feind.<sup>7</sup> Es bleibt aber zu hoffen, dass die Gerüchte über die Anwesenheit der GSPC in Algier, nicht dieser Logik folgen.

---

## USA bekämpfen Terror in Algerien

Artikel vom 11.07.2004 , dpa

München/Paris - Spezialeinheiten des US-Militärs gehen in Algerien gegen islamistische Terroristen vor. Wie die "Süddeutsche Zeitung" (Montagausgabe) vor allem aus russischen Quellen erfuhr, sind die Amerikaner unter dem Kommando eines Zwei-Sterne-Generals auf einem Stützpunkt 350 Kilometer südlich der Hauptstadt Algier stationiert. Bis zu 400 Soldaten von US-Spezialeinheiten sollen nahe der Sahara-Stadt Tamanrasset operieren.

Algerien sei das neueste Glied in der amerikanischen Strategie zur Terrorismusbekämpfung in Nordafrika, berichtete die Zeitung weiter. Dahinter stehe die Befürchtung, dass sich islamische Terroristen in der Sahara und der Sahel-Zone einrichten könnten.

---

<sup>6</sup> Le Point, 10. Juni 2004.

<sup>7</sup> Risques Internationaux, 2. Juni 2004.

# Terrorismus im Zentrum der Machtkämpfe?

Algeria-Watch, Juli 2004

Der Anschlag auf das Kraftwerk Hamma in Algier am 21. Juni wurde der GSPC (Groupe salafiste pour la prédication et le combat, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) zugeschrieben. Sie selbst bekannte sich erst eine Woche später zu der Tat. Ali Tounsi, der Chef der Polizei, bestätigte erst am 6. Juli, dass die Explosion, die 15 Menschen verletzte, ein Anschlag war, obwohl vor Ort die Überreste der Autobomben sichtbar zu erkennen waren. Die algerischen Medien meldeten, dass die bewaffnete Gruppe mit diesem Anschlag auf den Tod ihres Chefs, Nabil Sahraoui, der mit seinen Gefolgsleuten am 20. Juni von Sicherheitskräften getötet worden war, reagiert hätte. Warum diese Ausflüchte von offizieller Seite? Wer sind die wirklichen Drahtzieher dieser Operation? Wer befiehlt die GSPC, der seit den Anschlägen vom 9. September 2001 auf den World Trade-Center Beziehungen zu Al-Qaida nachgesagt werden? Sind diese spektakulären Anschläge der Ausdruck eines unerbittlichen Machtkampfes zwischen den "Putschisten" – den Generälen, die den Staatsstreich von Januar 1992 vorbereiteten, darunter Khaled Nezzar, Larbi Belkheir Mohamed Lamari, Toufik Mediène, Smaïn Lamari u.a. – und Präsident Bouteflika?

In der Wochenzeitung *Les Débats*, die bekanntlich dem Präsidenten Bouteflika nahe steht, erschien Anfang Juli ein aufschlussreicher Artikel. Demzufolge sind die Hintermänner der Anschläge, die General-Major Khaled Nezzar bereits am 3. Februar 2004 in der Zeitung *Le Soir d'Algérie* ankündigte, im Machtapparat zu suchen:

Indem die Barone des Systems die Anschläge gegen die Stromzentralen von El-Hamma und Cap Djinet befahlen, sendeten sie eine unmissverständliche Botschaft, nämlich dass sie keineswegs bereit sind, die verschiedenen Hebel der Rente, die sie seit 25 Jahren kontrollieren, aufzugeben, und nicht beabsichtigen, das Handtuch zu schmeißen. All diejenigen, die tiefe Veränderungen in den verschiedenen Institutionen der Republik und den sensiblen Apparaten des Staates [gemeint ist die Armee, Anm. d. Ü.] erwarten, müssen sich mit Geduld wappnen und dürfen keine großen Hoffnungen im Zusammenhang mit dem 5. Juli [Jahrestag der Unabhängigkeit 1962, Anm. d. Ü.] und wahrscheinlich auch nicht dem 1. November [Jahrestag des Beginns des Befreiungskrieges 1954, Anm. d. Ü.] hegen.

Die Zerstörungsfähigkeit der Finanzmafia, die im Räderwerk des Staates fest verankert ist, ist sicherlich nicht mehr das, was sie einmal war, aber der Terrorismus, den sie befiehlt, kann noch viel Schaden anrichten.

Mit aller Deutlichkeit sagen wir, dass die Verbindung zwischen den Kräften des Terrorismus, einiger hoher Verantwortlicher ziviler und militärischer Organe des Staates, des Medienkartells und der Unterstützung mancher ausländischer Geheimdienste immer noch einen Bremsfaktor in den Liberalisierungsbemühungen des Systems, wie Präsident Abdelaziz Bouteflika sie sich wünscht, darstellt. Die Wahl vom 8. April hat nicht zur Folge, das System sofort zu verändern und hat dem Präsident nur die ersten Mittel auf dem Weg zur Erfüllung dieser Aufgabe gegeben."<sup>8</sup>

Die nachfolgenden Ereignisse scheinen die Prognosen der Zeitung zu bestätigen. Am 18. Juli reiste Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie nach Algier, um erstmals seit der Unabhängigkeit Algeriens eine offizielle militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einzuläuten. Die Abwesenheit von Oberbefehlshaber Mohamed Lamari während dieses Besuches löste eine Lawine von Spekulationen über seinen möglichen Rauswurf aus. 10 Tage später wurde seine Entlassung bestätigt, auch wenn sich Lamari offiziellen Angaben zufolge aus gesundheitlichen Gründen zurückgezogen haben soll.

In der Zeitung *Le Soir d'Algérie*, bekanntlich Sprachrohr der Putschisten, erschien am 28. Juli 2004 ein bemerkenswerter Artikel, der annehmen lässt, dass sich der Wind auch für die einstigen Verbündeten der Putschisten leicht gedreht hat. Die Propagandamaschine, die zwölf Jahre lang den Militärputsch im Januar 1992 als Rettungsaktion der Armee im Dienste der Demokratie präsentierte,

---

<sup>8</sup> Les jusqu'au-boutistes sont encore là ! *Les Débats*, 30 juin-6 juillet 2004.

scheint immer mehr ins Leere zu laufen. Heute werden die Verantwortlichen für die "Gewalt" namentlich benannt. Bemerkenswert dabei ist, dass General Larbi Belkheir, einer der Hauptverantwortlichen für die Ereignisse in Algerien seit der Ära Chadli Bendjedids und eigentlicher Kopf des Putsches 1992, in diesem Artikel nicht erwähnt wird. Als graue Eminenz, die immer verstand, sich im Hintergrund zu halten, ist er der Mentor von Bouteflika und der eigentliche Entscheider. Ihm ist sehr daran gelegen, mit den Verbrechen der letzten 12 Jahren nicht in Verbindung gebracht zu werden.

Hier Ausschnitte aus dem Artikel von *Le Soir d'Algérie*:

Mit dem Rücktritt des Oberbefehlshabers der Armee verlässt ein Hauptakteur und Zeuge der Ereignisse auf der nationalen Bühne der letzten fünfzehn Jahre die Bühne. Mohamed Lamari gilt in der Tat als einer der führenden "Janviéristen-Offiziere" ("officiers janvieristes") [so bezeichnete die Opposition die Putschisten, da der Staatsstreich im Januar stattfand, Anm. d. Ü.], also derjenigen, die die Verantwortung übernahmen für den Rauswurf von Chadli Bendjedid und die Unterbrechung des Wahlprozesses am 11. Januar 1992, der drohte, die Kontrolle über den algerischen Staat in die Hände der Fundamentalisten zu legen.

Wenn offiziell diese "primäre Gewalt" – so Bouteflikas Worte –, die die FIS daran hinderte, die Macht zu übernehmen, als das Werk der gesamten "Führung" dargestellt wird, so steht heute fest, dass der "Staatsstreich auf dem Canapé" – wie eine französische Zeitung damals schrieb – das Werk einer Gruppe von sechs einflussreichen Generälen war, von denen nur noch zwei im aktiven Dienst sind: General-Major Mohamed Mediène, genannt Toufik, der mächtige Direktor des Geheimdienstes (DRS), und Mohamed Touati, Militärberater des Präsidenten. Letzterer wird zu Recht oder zu Unrecht die Urheberschaft für das feingesponnene Szenario zugesprochen, das die Vernichtung der islamistischen Bedrohung möglich machte. Er wird seitdem "El Mokh" (das Hirn) genannt. Die vier anderen Generäle sind Khaled Nezzar, Verteidigungsminister, Mohamed Lamari, Chef der Landstreitkräfte, die 80 % der algerischen Armee ausmachten, Abdelmalek Guenaïzia, damaliger Oberbefehlshaber, und Benabbès Ghziel, ehemaliger Chef der Gendarmerie, der seit mehreren Monaten sehr krank sein soll. (...)

Mit dem Rückzug aus der Armeeführung hat Mohamed Lamari das Intermezzo der "Janviéristen" an der Spitze der Militärinstitution beendet. Da die zwei anderen Mitglieder der Gruppe, die Generäle Toufik und Touati, nicht das Profil für die Führung des Generalstabs aufweisen, wird die Leitung der Armee zwangsläufig einer Person zufallen, die nicht "direkt" an der Entscheidung, den Wahlprozess zu unterbrechen, beteiligt war. (...)<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup>Que sont les janvieristes devenus ?, Le Soir d'Algérie, 28 juillet 2004.

## Algerien gelingt Schlag gegen Islamisten

### Armee tötet Anführer der extremistischen Salafistischen Gruppe

von J. Hehn und A.B. Lahouari, Die Welt, 22. Juni 2004

Paris/Algier - In Algerien ist die Zeit der Abrechnung angebrochen. Während der vor zehn Wochen mit der überwältigenden Mehrheit von 85 Prozent der Stimmen im Amt bestätigte algerische Präsident Abdelasis Bouteflika eines seiner Wahlversprechen einlöst und einen Reinigungsfeldzug gegen die ihm feindlich gesinnte algerische Presse begonnen hat, ist der algerischen Armee bei einer militärischen Großoffensive in der Kabylei offenbar ein entscheidender Schlag gegen die Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) gelungen. Dabei soll deren Anführer Nabil Sahraoui getötet worden sei. Die in der Kabylei und der Südsahara operierenden Salafisten waren zuletzt die aktivste und schlagkräftigste Untergrundbewegung, die für die Errichtung eines streng islamischen Gottesstaates in Algerien kämpft. Wie Sahraouis Vorgänger Hassan Hattab im September letzten Jahres erklärte, arbeitet sie auch mit der internationalen Terrororganisationen Al Qaida von Osama Bin Laden zusammen. Unter anderem wird sie für die Entführung der 32 europäischen Urlauber, unter ihnen 16 Deutsche, im Februar und März letzten Jahres verantwortlich gemacht. Bis auf eine Geisel - eine Augsburgerin, die vor Erschöpfung starb - kamen diese jedoch frei.

Nach einer im algerischen Staatsrundfunk und -fernsehen verlesenen Erklärung der Armee wurden die GSPC-Rebellen in der bewaldeten Bergregion von Akfadou, 120 Kilometer östlich von Algier, eingekreist und "völlig neutralisiert". Unter den Opfern sollen sich neben Sahraoui drei weitere Führungsmitglieder der Salafisten und "zahlreiche Kriminelle" befinden. Die Armee hatte die "groß angelegte Anti-Terror-Operation" gestartet, nachdem kürzlich bei einem Anschlag der Salafisten zwölf Angehörige der Streitkräfte getötet worden waren. Bei der Aktion in der Kabylei wurden von der Armee auch Waffen und Dokumente sichergestellt.

Die Salafisten-Gruppen hatten sich 1998 von der Bewaffneten Islamischen Gruppe (GIA) abgespalten und mit spektakulären Terrorakten rasch auf sich aufmerksam gemacht. Wie die GIA lehnten auch sie die Politik der nationalen Aussöhnung von Bouteflika und das damit verbundene Angebot einer Amnestie ab. Seit März 2002 wird die GSPC von den USA offiziell als Terrororganisation eingestuft, von der vor allem für die amerikanischen Erdölinteressen in der Südsahara eine ernste Bedrohung ausgehe. Erst kürzlich hatten die Salafisten die in Algerien lebenden nicht-moslemischen Ausländer und Vertreter westlicher Unternehmen zu möglichen Zielen ihrer Terroranschläge erklärt, meldete vor einer Woche der arabische Nachrichtensender Al Dschasira. Damit wollen die Salafisten offenbar die in Saudi-Arabien verfolgte Terrorstrategie auch in Algerien anwenden.

Ebenso große Schlagzeilen wie der erfolgreiche Militärschlag gegen die Salafisten verursacht die Verurteilung des Redaktionsdirektors der algerischen Tageszeitung "Le Matin", Mohammed Benchicou, zu zwei Jahren Haft und einer Geldbuße in Höhe von 230 000 Euro. Dem bekannten Journalisten und scharfen Regimekritiker warf das Gericht vor, gegen die Devisenbestimmungen verstoßen zu haben. Übereinstimmend sind die privaten algerischen Zeitungen davon überzeugt, dass hier ein politischer Prozess geführt wurde, um die kritische Presse mundtot zu machen. Auch die Gewerkschaft der Journalisten, der oberste Ethikrat und die internationale Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen (RSF) verurteilten die Entscheidung des Gerichts.

Benchicou hatte während des Präsidentschaftswahlkampfes Bouteflika besonders scharf attackiert, diesem Korruption vorgeworfen und ein Buch mit dem Titel "Bouteflika, eine algerische Hochstapelei" veröffentlicht. Der Präsident kündigte darauf an, dass er nach seiner Wiederwahl dafür sorgen werde, diesen Journalisten, diesen "Söldnern der Feder", die sich nicht viel von Terroristen unterschieden, das Handwerk zu legen. Wie man sieht, ist Bouteflika nicht nur ein wortgewaltiger Politiker. Zumindest in dieser Angelegenheit pflegt er auch sein Wort zu halten.

Weniger Eile scheint der Präsident allerdings damit zu haben, seine anderen Wahlversprechen in die Tat umzusetzen. Er wolle das soziale Elend nachhaltig lindern, versprach er auf seinen Wahlkampfreisen. Seine Regierung werde die Umwandlung zur Marktwirtschaft beschleunigen, zwei Mil-

tionen neue Arbeitsplätze schaffen und eine Million neuer Wohnungen bauen. Dank seiner sprudelnden Energiere Ressourcen hätte Algerien genügend Geld zur Verfügung. Durch die hohen Erdölpreise sind die Kassen des Staates derzeit mit 42 Milliarden Dollar (fast 34 Milliarden Euro) prall gefüllt.

Doch wie schon in der Vergangenheit profitiert von dieser prall gefüllten algerischen Kasse nur eine kleine Oberschicht. Die große Mehrheit der Arbeitslosen und Armen in Algerien, die von lächerlich geringen Subventionen leben muss, hat davon nichts. Denn ein politisches Programm, das diesen Zustand zu ändern verspräche, ist noch immer nicht in Sicht.

---

## **15 Menschen bei Explosion in algerischem Kraftwerk verletzt**

### **Augenzeugen berichten von Autobombe**

**VON J. Hehn /A. B. Lahouari, Die Welt, 23. Juni 2004**

Paris/Algier - Richard W. Erdmann, Botschafter der USA in Algier, war einer der Ersten, die am Montag den erfolgreichen Militärschlag gegen die Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) lobten sowie der algerischen Regierung und der Nationalen Volksarmee (ANP) bescheinigten, im Kampf gegen den Terrorismus große Fortschritte erzielt zu haben.

Die anerkennenden Worte des US-Botschafters kamen möglicherweise verfrüht. In der Nacht zum Dienstag wurde das Kraftwerk Hamma, das der wichtigste Stromversorger der Hauptstadt Algier und weiter Landesteile ist, von einer heftigen Explosion erschüttert. Während der zur Unglücksstelle geeilte algerische Innenminister Nourredine Yazid Zerhouni erklärte, dass es sich wahrscheinlich "um einen Unfall" gehandelt habe, deuten alle Anzeichen auf einen terroristischen Hintergrund hin.

Augenzeugen berichten, dass an der von der Explosion zerstörten Außenmauer des Kraftwerkes Teile eines völlig zerfetzten Autos aufgefunden worden seien. Auch der fünf Meter breite Krater auf dem Trottoir vor dem Kraftwerksgelände erhärtet den Verdacht, dass hier eine Autobombe gezündet wurde.

Bei der Explosion wurden nach Angaben der Feuerwehr 15 Menschen verletzt, vier von ihnen schwer. Augenzeugen sprachen von einer höheren Opferzahl. Die Detonation, die in der gesamten Hauptstadt zu hören war, löste unter der Bevölkerung panikartige Reaktionen aus. Einige Wohngebäude in der Nähe des Kraftwerks wurden beschädigt. Im Umkreis von 200 Metern zersplitterten die Scheiben. Mehrere geparkte Autos brannten aus. Bis auf eine zerstörte Turbine blieb die zentrale Anlage des von einem italienischen Konsortium erbauten Kraftwerks unbeschädigt.

Hamma wurde erst im Juni 2002 in Betrieb genommen. Nach einer Panne im Februar letzten Jahres war in ganz Algerien mehrere Stunden lang der Strom ausgefallen.

Sollte sich der Verdacht eines Terroranschlags bestätigen, wäre die Hauptstadt erstmals seit fünf Jahren wieder das Ziel eines Autobombenanschlags geworden. In den letzten Jahren war Algier eine terrorfreie Stadt, nicht zuletzt dank der strengen Sicherheitskontrollen, die bis zum heutigen Tage an allen Zufahrtsstraßen aufrechterhalten werden. Auch in den meisten übrigen Landesteilen ist es ruhiger geworden. Nur die Friedhöfe und gelegentliche Anschläge versprengter islamistischer Terrorbanden erinnern an das blutige Jahrzehnt, als in dem Bürgerkrieg zwischen den islamischen Extremisten und den Sicherheitsbehörden nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen mehr als 150 000 Menschen getötet wurden.

Eine Rückkehr des Terrors in die Hauptstadt dürfte das Image von Präsident Abdelasis Bouteflika untergraben, der die Bekämpfung der Islamisten zum zentralen Ziel seiner Politik der zivilen Eintracht" erklärt hat. Während seiner ersten Amtszeit gelang es ihm, Tausende von Rebellen zur Aufgabe ihres Kampfes zu bewegen, indem er ihnen Amnestie anbot. Die Dividende seiner nationalen Versöhnungspolitik strich der Präsident am 8. April ein, als er mit 85 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt wurde. Aber auch im Ausland hat Bouteflika mit seiner Politik Vertrauen zurückgewonnen.

Vor allem die USA, aber auch Frankreich sehen in ihm einen wichtigen Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die Militäroperationen gegen die Salafistische Gruppe, deren Anführer am Wochenende von Soldaten getötet wurde, werden auch von den Vereinigten Staaten unterstützt, die in Algerien Erdölinteressen haben. Vom Gelingen des Kampfes gegen den Restterror" hängt es auch ab, ob verstärkt Investoren ins Land kommen. Dies alles könnte nun wieder auf dem Spiel stehen.

---

## **Ligue Algérienne de défense des Droits de l'Homme**

**Bureau de la wilaya d'El Bayadh**

### **Communiqué**

*23 juillet 2004*

Le bureau de la ligue de défense des droits de l'Homme d'El Bayadh tient à dénoncer la pratique de la torture à l'aide de l'électricité et du tabassage de la part d'éléments de la brigade de gendarmerie nationale de la ville de Naâma à l'encontre du citoyen Haddi Abdelkader, demeurant à la commune d'Aïn Benkhelil, daïra de Mecheria et ce, le 17 juillet 2004, après que ce dernier ait répondu à une convocation de la dite brigade. Il a été immédiatement arrêté sans qu'il lui soit adressé aucune accusation et a été enfermé dans une cellule. A la tombée de la nuit, trois éléments de la gendarmerie se sont jetés sur lui en le tabassant après l'avoir menotté et totalement déshabillé Il fut l'objet de tortures par l'électricité à l'aide de fils placés sur les lobes des oreilles, jusqu'à ce qu'il perde connaissance.

Aux environs de 23 heures, il a été libéré dans un état lamentable. Ce cas est documenté de photographies, de certificats médicaux et d'un rapport du médecin légiste de l'hôpital de Saïda désigné par le procureur de la République de la ville de Naâma pour examiner la victime.

Le bureau de la ligue de défense des Droits de l'Homme d'El Bayadh tient à dénoncer ces graves dépassements et ces méthodes de tortures qui sont les mêmes que celles utilisées contre les prisonniers d'Abû Gharib en Irak.

Le président du bureau de la wilaya d'El Bayadh

M. Zouaoui.

# **T'kout, Tizi-Ouzou, Serkadji, Châteauneuf...**

## **Die Folter im Dienste der Machterhaltung in Algerien**

**Algeria-Watch, Samstag, 5. Juni 2004**

Am 14. Mai 2004 brachen in der Stadt T'kout (Wilaya von Annaba im Osten Algeriens) Unruhen aus. Die Aufständischen forderten die Aufklärung der Umstände des Todes von Argabi Chouaïb (19 Jahre alt), der am Vorabend im Nachbardorf Taghit von einem Mitglied der Kommunalgarde getötet worden war. Sein Freund Ali Remili war entführt und in einem Lokal der Milizionäre eingesperrt worden.

Die Reaktion der algerischen Behörden erfolgte ebenso rasch wie brutal: Spezialtruppen des Militärs und der Gendarmerie wurden am 17. Mai nach T'kout entsandt, wo sie auf die Bevölkerung losgingen. Zunächst stürzten sie sich auf Jugendliche. Sie beleidigten, schlugen und schleiften sie über den Boden, um sie schließlich zum Sitz der Gendarmerie zu bringen. Dann wurde die Stadt mit Straßensperren abgeriegelt: niemand konnte sie betreten oder verlassen. Und in einem dritten Schritt wurde eine regelrechte Menschenjagd inszeniert. Die Spezialkräfte drangen gewaltsam in Häuser ein, misshandelten Frauen und Kinder, verschleppten mit Gewalt Jugendliche, oftmals Minderjährige. Unter ihnen waren auch einige Mitglieder der Bürgerbewegung des Aurès, die verdächtigt wurden, an den Unruhen teilgenommen zu haben. Verschiedenen Angaben zufolge wurden ca. 150 Personen festgenommen, während die Suche nach anderen, die sich der Festnahme entziehen konnten, weiterging. Um letztere zu zwingen, sich zu stellen, wurden Familienmitglieder in Geiselhaft genommen oder bedroht.

Die festgenommen und in die Lokale der Gendarmerie von T'kout verbrachten Jugendlichen wurden dort physischer und psychischer Folter ausgesetzt. Nachdem sie mit Knüppeln geschlagen worden waren, wurden sie entkleidet, vor einer Mauer aufgestellt und sodomisiert. Viele erlitten Knochenbrüche. Einige wurden gezwungen, das Gebet zu verrichten - nackt. Sie wurden mit Hasstiraden, Beleidigungen und Demütigungen einschließlich Drohungen gegenüber ihren Müttern und Schwestern überschüttet. Sie wurden gezwungen, Protokolle von imaginären Verhören zu unterzeichnen. Bis auf den heutigen Tag werden Jugendliche in Präventivhaft gehalten.

21 Jugendliche wurden am 24. Mai vor das Gericht von Arris gestellt. Die zahlreichen Versuche der Rechtsanwälte, die Frage der von den Opfern erlittenen Folter zu behandeln, wurden vom Richter abgewiesen, der sich ausschließlich auf die von den Gendarmen vorgelegten Dokumente beschränkte. Gegen die Jugendlichen wurden Gefängnisstrafen zwischen drei und zwölf Monaten verhängt. Diese Strafen wurden am 31. Mai bei einem Prozess gegen sechs von ihnen bestätigt.

## **T'kout ist überall**

Die in T'kout praktizierte Folter ist weder ein "Unfall" noch auf den "Übereifer" einiger Gendarmen zurückzuführen: Folter ist vielmehr ein wesentliches Element der vom Regime 1992 installierten und seither perfektionierten "Mordmaschine", die Folter systematisch einsetzt, um "den Menschen zu brechen".

Diese "Mordmaschine", deren Aufgabe es war, die Putschistengeneräle sowie ihre militärischen und zivilen Unterstützer an der Macht zu halten, bediente sich und stützte sich auf das gesamte Räderwerk des Staates einschließlich Verwaltung und Justiz. An ihrer Spitze stehen General Mohamed Médiène, genannt "Toufik", Chef des DRS (Département de renseignement et de sécurité, Nachrichten- und Sicherheitsdienst), und sein Stellvertreter Smaïl Lamari, genannt "Smaïn", Leiter des DCE (Direction du contre-espionnage, Hauptamt des Abwehrdienstes). Der DRS koordiniert den "antiterroristischen" Kampf in Zusammenarbeit mit General Mohamed Lamari, der seit Herbst 1992 den Aufbau von "Spezialkräften" in der Armee im Rahmen einer neuen Struktur namens CCC/ALAS (Centre de

conduite et de coordination des actions de lutte anti-subversive, Zentrum zur Durchführung und Koordination der Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung) organisierte und seit Juli 1993 Oberbefehlshaber der ANP (algerische Nationalarmee) ist. Armee, Polizei und Gendarmerie sind völlig in Krieg verstrickt, den die Militärführung gegen die Bevölkerung führt. Seit 1994 wurden Hunderttausende von Zivilisten in die Kommunalgarden und "Selbstverteidigungsgruppen" (Milizen, die "Patrioten" genannt werden) aufgenommen, um die Militärs in ihren Terrorkampagnen zu unterstützen.

Das Land wird von einem Netz der Repression überzogen, dessen Knotenpunkte von Dutzenden von geheimen Haftzentren des DRS, der regulären Armee, von Polizeikommissariaten, der Gendarmerie und der verschiedenen Milizen gebildet werden.

In den neunziger Jahren wurde die grausamste Folter auf industrieller Stufenleiter von allen militärischen und paramilitärischen Organen und von der Polizei gegen Zehntausende von Opfern eingesetzt, von denen viele gestorben oder verschwunden sind.

Es darf nicht vergessen werden, dass der systematische und allgemeine Einsatz der Folter im unabhängigen Algerien nie aufgehört hat. Seit 1962 wurde sie als alltägliche Waffe eingesetzt, um Oppositionelle auf Linie zu bringen. In den achtziger Jahren kam es zu einer deutlichen Verschärfung: die brutale Repression im Oktober 1988 als Reaktion auf Jugendrevolten; Unterdrückung des Generalstreiks der FIS im Juni 1991; Putsch im Januar 1992, der einem jahrelangen staatlichen Gewaltausbruch den Weg bereitet; bis hin zu den willkürlichen Verhaftungen und den grausamen Folterungen von über hundert Bürgern von Dellys im Dezember 1999 als Reaktion auf ein Bombenattentat kurz nach der Ernennung von Abdelaziz Bouteflika zum Staatspräsidenten im April 1999 und nach der Bekanntgabe des sogenannten Gesetzes zur "zivilen Eintracht"; oder auch die Menschenjagd als Reaktion auf Unruhen in der Kabylei, die durch die Ermordung eines Jugendlichen durch einen Gendarmen im April 2001 ausgelöst wurden; und nicht zu vergessen die Zehntausende von bekannten oder unbekanntem Einzelfällen.

Die Folter dient dazu, sowohl den sozialen Zusammenhalt, auf die der Widerstand gegen die Willkür angewiesen ist, als auch die physische und geistige Integrität des einzelnen Menschen zu zerbrechen. In dieser Funktion bildet die Folter einen Grundpfeiler des Herrschaftssystems, das seit Anfang der neunziger Jahre von einer kleinen Gruppe von Generälen hinter einer pseudo-demokratischen Fassade einiger williger Zivilisten kontrolliert wird - denen nicht entgangen sein kann, dass sich das Regime in erster Linie auf den Einsatz von Chiffons, Stromschlägen und Gasbrennern stützt.

Denn im Gegensatz zu dem, was seit 1999 die Ideologen der "zivilen Eintracht" und Versöhnung glauben machen wollen, wütet der Staatsterrorismus in Algerien auch 2004 ohne Unterlass. Die Strukturen des Repressionsapparates bestehen weiterhin und werden fortwährend perfektioniert. Die Haftzentren sind weiterhin im Einsatz. Die Ausnahme Gesetze wurden nicht aufgehoben. Die Folterer sind weiterhin an ihren Posten und genießen Straflosigkeit. Während die Opfer der staatlichen Gewalt nicht als solche anerkannt werden.

Solange diese "Mordmaschine" mit ihren Strukturen, Zentren und Verantwortlichen Bestand hat, solange die von Staatsorganen begangenen Verbrechen mit dem Verweis auf die "Aufstandsbekämpfung", wodurch aus jedem Demonstranten und Oppositionellen ein "Terrorist" gemacht wird, gerechtfertigt werden, dienen alle Reden über die Versöhnung doch nur dazu, die Straflosigkeit der Folterer und die Leugnung der Verantwortlichkeit des Staates zu bestätigen und zu verstärken.

Diese Realität ist allen bekannt. Es ist höchste Zeit, dass die Verantwortlichen der internationalen Gemeinschaft endlich aufhören, gute Noten an jene zu verteilen, die das Land in Brand gesteckt und in Blut ertränkt haben und unter dem Deckmantel des "internationalen Kampfes gegen den Terrorismus" weiterhin Verbrechen gegen die Bevölkerung verüben.

# Observatorium für Menschenrechte in Algerien

(ODHA, Observatoire des droits humains en Algérie)

*"Wenn sich das Rad der Geschichte endlich weiterdreht, gewinnt die internationale Öffentlichkeit stets mit Betroffenheit die auf Archive gestützte Einsicht, dass die angeblichen Lügen der Opfer und Menschenrechtler nur ein Teil der Wahrheit waren." (Perrine Canavaggio et Louis Joinet, "Les archives contre l'oubli", Le Monde, 23. Juni 2004)*

**Algeria-Watch richtet in Zusammenarbeit mit Dr. Salah-Eddine Sidhoum ein "Observatorium für Menschenrechte in Algerien" (ODHA) ein. Seine Aufgabe besteht darin, Informationen über Menschenrechtsverletzungen, die in Algerien seit dem Staatsstreich im Januar 1992 begangen wurden und werden, zu sammeln und zu melden.**

Zwölf Jahr nach der Verhängung des Notstands und dem Erlass von Ausnahmegesetzen, zu deren Aufhebung das algerische Regime bis heute nicht bereit ist, muss festgestellt werden, dass die Verantwortlichen der "Mordmaschine", die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, weiterhin die Bevölkerung terrorisieren. Trotzdem durchbrechen immer mehr Opfer der Verbrechen, die von den verschiedenen Repressionsorganen des Staates oder von bewaffneten Gruppen verübt wurden, die Mauer der Angst vor Repressalien und berichten mutig von ihrem Schicksal. Im Gegensatz zu den Behauptungen des algerischen Regimes ist die Stunde des Ausgleichs und der Versöhnung noch nicht gekommen. Davon zeugt insbesondere der Umstand, dass die Menschenrechtsverteidiger, die diese Verbrechen anklagen, fortwährend polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen und Nachstellungen ausgesetzt sind.

Den algerischen "Entscheidern", die zu Meistern der Simulation von Demokratie wurden, ist es unter dem Deckmantel konvergierender Interessen im "internationalen Kampf gegen den Terrorismus" gelungen, sich die Unterstützung der westlichen Mächte zu sichern, während die schweren Menschenrechtsverletzungen im Lande weitergehen. Der Repressionsapparat, der die Justiz, die Verwaltung und die Medien seiner Kontrolle unterworfen hat, wurde im Laufe der Jahre ausgebaut. Die echte algerische Oppositionelle und die Menschenrechtsverteidiger, die unablässig verfolgt werden, verfügen nach wie vor nicht über den geringsten Freiraum, in dem sie unabhängig von jeglicher Manipulation und Instrumentalisierung agieren könnten.

Nachdem der "Terrorismus" offiziell als besiegt erklärt wurde, soll nun die Stunde der "Versöhnung" geschlagen haben. Aber Versöhnung zwischen wem und wem? Und zu wessen Vorteil? Sicherlich nicht zu Gunsten der übergroßen Mehrheit des algerischen Volkes. Dies zeigen die Ereignisse der vergangenen Monate mit aller Deutlichkeit: Der Staatspräsident und die politischen Entscheider beabsichtigen nicht im geringsten, die Umstände aufzuklären, unter denen die Massaker begangen wurden, die die blutigen Jahre durchziehen. Sie weigern sich noch immer, die Ursachen und Umstände des Todes von zehntausenden Männern, Frauen und Kindern (zweifelloos annähernd 200 000) und des Verschwindens von Tausenden von ihnen (annähernd 20 000) aufzuklären sowie die Verantwortlichkeiten jener zu bestimmen, die die Folter institutionalisiert haben. Des weiteren wurde keinerlei Maßnahme ergriffen, um einer der Exekutive vollständig unterworfenen Justiz die Unabhängigkeit zu gewährleisten, die nötig wäre, um denjenigen, die diese Verbrechen begangen zu haben, gleich von welcher Seite sie kommen mögen, in einem fairen und gerechten Verfahren zu verurteilen. Ganz im Gegenteil, es ist offensichtlich, dass die "Entscheider" mit aller Energie daran arbeiten, eine "Generalamnestie" in die Wege zu leiten, die alle Verantwortlichen für die in den vergangenen zwölf Jahren begangenen Verbrechen und insbesondere die Verantwortlichen der Sicherheitskräfte, die sich der Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht haben, freisprechen soll.

Es ist die Stunde der Verschleierung, der Fälschung, der Lüge, der Verleugnung und des Vergessens. Eine echte Versöhnung hingegen kann nur am Ende eines Prozesses der Verhandlung und des Ausgleichs zwischen authentischen Vertretern der gesamten algerischen Gesellschaft und den Macht-

habern stehen. Versöhnung bedeutet, dass die staatlichen Strukturen, die ein derartiges Entgleisen ermöglicht und den Terror erzeugt haben, angefangen mit der immer noch allmächtigen politischen Polizei, dem DRS, aufgelöst werden. Doch gegenwärtig erleben wir, wie eine Einheitswahrheit geschaffen und zum Diktat erhoben wird, nämlich die vom "Jahrzehnt des Terrorismus", die alle Gewalttaten einzig und allein den Islamisten zuschreibt und zugleich die Leiden der Opfer dieser Gewalttaten einmal mehr verdeckt.

Die Pflicht, nicht zu vergessen, und die Wiederherstellung der Würde der Opfer gebieten, ihnen eine Stimme zu geben, indem wir die von uns gesammelten Zeugnisse zusammen mit den Briefen, die uns von den Opfern und ihren Familienangehörigen zugesandt wurden, veröffentlichen. Wir wollen dies verstanden wissen als Beitrag zum Aufbau von "Archiven des Terrors", die "eines Tages ermöglichen werden, dass Gerechtigkeit walten," (Perrine Canavaggio et Louis Joinet, "Les archives contre l'oubli", Le Monde, 23. Juni 2004) und dass Algerien endlich den Weg der wahren Demokratie einschlagen möge.

Die Gründung dieses Observatoriums ist ein bescheidener Beitrag, um dem Fehlen jeglichen Raumes zu begegnen, der es ermöglichen würde, Zeugnis davon zu geben und Informationen darüber auszutauschen, was so viele Algerierinnen und Algerier erleben mussten und immer noch müssen. Die Gründung des Observatoriums versteht sich als ein Schritt auf dem Weg zu Wahrheit und Gerechtigkeit und im Kampf gegen die Straflosigkeit.

Wir richten einen Aufruf an Opfer, Familienangehörige, Zeugen, Rechtsanwälte und Menschenrechtsverteidiger und bitten sie, sich an uns zu wenden, Zeugnis zu geben und ihren Beitrag zur Suche nach Wahrheit über die schweren Menschenrechtsverletzungen in Algerien zu leisten.

Kontakt:

observatoire@algeria-watch.org

Fax : 0049 89 14 88 28 11 22

---

## Menschenrechtsverletzungen Tag für Tag

*(Nicht vollständige Aufzählung)*

**Observatorium für die Menschenrechte in Algerien, Algeria-Watch, Übersetzung aus dem Französischen**

**26. Juli 2004:** Der Berufungstermin im Prozess von Mohamed Benchicou, Direktor der Zeitung *Le Matin*, ist auf den 11. August festgelegt worden. Mohamed Benchicou war wegen eines Verstoßes gegen die Devisenkontrolle zu 2 Jahren Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt worden.

**24. Juli 2004 :** Das Büro der algerischen Menschenrechtsorganisation LADDH (Ligue algérienne des droits de l'homme) der Wilaya El-Bayadh meldet, dass Hadi Abdelkader, wohnhaft in der Stadt Naâma, in der Gendarmerie gefoltert wurde. Dieser wurde ohne ersichtlichen Grund festgenommen und mit Hilfe eines an den Ohren angebrachten Stromkabels gefoltert. (Le Jeune Indépendant, 25. Juli 2004)

**24. Juli 2004 :** Das Gericht von Es-Seddikia (Oran) verurteilt Ahmed Bennaoum, Journalist und Herausgeber von drei Zeitungen, zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und eine Geldstrafe von 10 000 Dinar. Der Direktor der Polizei in Oran hatte gegen ihn eine Anzeige wegen "Verleumdung von Verfassungsorganen" gestellt.

**19. Juli 2004:** Zwei Gefangene in Guantanamo erstatten Anzeige vor dem Gericht in Washington wegen "Verhaftung und willkürliche Haft". Dies machte der Sprecher des Anwaltskollektivs Stephen Oleskey in Boston bekannt. Lakhdar Boumediene et Mohamed Nechla arbeiteten für eine humanitäre Hilfsorganisation in Bosnien, als sie in der Nacht vom 17. zum 18. Januar 2002 von der bosnischen Polizei festgenommen und den amerikanischen Behörden übergeben wurden. Sie werden verdächtigt, Anschläge gegen die amerikanische und britische Botschaft in Sarajevo geplant zu haben. (Le Jeune Indépendant, 24.07.04)

**14. Juli 2004** : Der Prozess gegen die Zeitung *Le Soir d'Algérie* wegen "Verleumdung des Staatschefs" ist auf den 16. November verschoben worden. Fouad Boughanem, Direktor der Zeitung, Mohamed Bouhamidi und Hakim Laâla, Chronisten, und Kamel Amarni werden vor Gericht zitiert.

**11. Juli 2004**: Tahar Maâche, Ahmed Bensaci und Mohamed Abdallah Touahir sind vom Gericht in Ouargla zu einem Jahr Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden, weil sie am 3. Juli gegen die willkürliche Haft von elf Delegierten der Bürgerbewegung im Süden des Landes protestierten.

**11. Juli 2004**: Hafnaoui Ghoul, Vertreter der LADDH in der Wilaya von Djelfa und Pressekorrespondent, ist vom Gericht Djelfa in der Berufung zu drei Monaten Gefängnisstrafe und einer Geldstrafe von 100 000 Dinar verurteilt worden. Gegen ihn wurden mehrere Anzeigen wegen Verleumdung erstattet, weil er in verschiedenen Zeitungen die Übergriffe von Sicherheitskräften in Djelfa bekannt gemacht hatte.

**4. Juli 2004**: Der Menschenrechtler Salah-Eddine Sidhoum, dem die Ausstellung eines Passes sechs Monate lang verweigert wurde, erhält seinen Pass.

**4. Juli 2004**: Drei Männer werden während eines Sit-ins vor dem Gerichtsgebäude in Ouarla festgenommen. Sie protestierten gegen die willkürliche Festnahme von acht Mitgliedern der Bürgerbewegung Süd und verlangten ihre Freilassung. Insgesamt sind elf Personen in Haft, sechs unter ihnen befinden sich seit dem 26. Juni 2004 im Hungerstreik.

**30. Juni 2004**: Die algerischen Behörden schließen das Büro des Fernsehsenders Al-Jazeera in Algier für "eine unbegrenzte Zeit". Diese Maßnahme erfolgt eine Woche nach der Ausstrahlung der Sendung "gegensätzliche Richtungen" von Faisal Al-Qassem über die Situation in Algerien nach den Präsidentschaftswahlen. In dieser Sendung kritisierte Larbi Zitout, ehemaliger algerischer Diplomat in Libyen, vehement das algerische Regime.

**27. Juni 2004**: Herr Ahmed Benaoum, Direktor der Zeitung Ar-Raï, ist im Gerichtssaal von Oran festgenommen worden. Er war erschienen, um sich aufgrund einer Verleumdungsklage der Behörde "Öffentliche Gesundheit und Bevölkerung" zu rechtfertigen.

**26. Juni 2004**: Die Steuerbehörde, die am 21. Juni das Lokal der Zeitung *Le Matin* in Hussein-Dey, Algier, beschlagnahmt hat, versteigert dieses.

**23. Juni 2004**: Hafnaoui Ghoul, Korrespondent der Zeitung *El-Youm* und Mitglied der LADDH, ist vom Gericht Djelfa zu zwei Monaten Haft und mehreren Geldstrafen verurteilt worden. Er gab der Zeitung *Le Matin* ein Interview und schrieb einen Artikel in der Zeitung *El Jazair News* im Mai 2004, um auf den seltsamen Tod von 13 Babys im Krankenhaus von Djelfa und die Übergriffe der Sicherheitskräfte auf die Mitglieder der Bürgerbewegung aufmerksam zu machen.

**20. Juni 2004**: Cheikh Ali Benhadj (Nr. 2 der verbotenen Partei FIS) ist von der Polizei in Algier festgenommen worden. Er wurde daran gehindert, an der Versammlung der Familien von Verschwundenen im Viertel El-Mouradia in Algier teilzunehmen.

**20. Juni 2004**: Ali Djerri, Direktor der Zeitung *Al-Khabar* ist wegen Verleumdung zu zwei Monaten Haft vom Gericht Constantine verurteilt worden. General a.D. Mohamed Betchine, ehemaliger Berater von Präsident Zeroual, hatte im April gegen ihn Anzeige erstattet, denn er wurde in einem Artikel beschuldigt, Mitbesitzer einer Fabrik für alkoholische Getränke zu sein und Vergünstigungen in der Stromversorgung zu erhalten.

**14. Juni 2004**: Der Direktor der Tageszeitung *Le Matin*, Mohamed Benchicou ist zu zwei Jahren Haftstrafe und zu 200 000 Euros Geldstrafe verurteilt worden wegen eines Verstoßes gegen die Devisenkontrolle. Viele Beobachter meinen, dass diese Verurteilung durch seine wiederholten Angriffe auf Präsident A. Bouteflika motiviert sei.

**13. Juni 2004**: Das Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Paris meldet, dass die Lage von Boualem Bourdissa, der seit dem 1. Juni 2004 einen Hungerstreik begonnen hat, sich zunehmend verschlechtert. Dieser Student will mit dieser Verzweiflungsaktion auf den Umstand aufmerksam machen, dass seine Untersuchungshaft seit fünf Jahren andauert und sein Prozess immer wieder verschoben wurde.

**6. Juni 2004**: 11 Familien sind aus ihren Häusern in Zeralda, 30 km von Algier entfernt, vertrieben worden. Sie wurden zwei Tage vorher dazu aufgefordert, die Wohnungen zu verlassen. Die Häu-

ser sind an diesem Tag zerstört worden, und die Familien befinden sich auf der Straße und auf sich gestellt.

**5. Juni 2004:** Acht Delegierte der Bürgerbewegung des Süden des Landes, unter ihnen zwei Mitglieder der LADDH, sind verhaftet worden. Es wird ihnen vorgeworfen, im Rahmen von den Kiez-Komitees Unterschriften gesammelt zu haben, um die Bewohner dazu aufzufordern, ihre Stromrechnungen nicht zu bezahlen. Den beiden Mitgliedern der LADDH vom Büro in Labiod Sid Cheikh (Wilaya El Bayadh) wird vorgeworfen, an den Versammlungen der Bürgerbewegung Süd teilgenommen zu haben.

**Ende Mai 2004:** Der Antrag auf Ausstellung eines Passes ist dem Menschenrechtler Salah-Eddine Sidhoum verwehrt worden. Er hatte diesen seit Januar 2004 gestellt. Die Kriminalpolizei lehnte den Passantrag ab, ohne jedoch die Gründe dafür zu nennen, weder in schriftlicher noch in mündlicher Form. Das Gesetz sieht vor, dass die Behörden ihre Ablehnung schriftlich begründen müssen und zwar einen Monat nach Antragstellung.

**24. Mai 2004:** 21 Jugendliche werden dem Gericht von Arris vorgeführt. Sie wurden im Rahmen der Unruhen in T'kout (Annaba) festgenommen (Siehe das Kommuniqué von Algeria-Watch). Die Versuche der Rechtsanwälte, die von ihnen erlittenen Folterungen zu erwähnen, wurden vom Richter blockiert. Die jungen Männer wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt. Diese Strafen werden in der Berufung von sechs von ihnen am 31. Mai bestätigt.

**17. Mai 2004:** Spezialtruppen der Armee und der Gendarmerie sind nach T'kout entsandt worden, wo sie willkürlich gegen die Bevölkerung vorgehen. Ca. 150 Personen sind festgenommen worden.

**14. Mai 2004:** Protestaktionen sind in T'kout (Wilaya Annaba) ausgelöst worden, um die Wahrheit über die Umstände des Todes von Argabi Chouaïb zu fordern. Der 19-jährige wurde am Vortag von einem Mitglied der Kommunalgarde im Nachbardorf Taghit erschossen.

---

## **"Ich erledige dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen!"**

### **Zeugnis über die Folter von Mohamed Sebbar, 2003**

**Observatorium für die Menschenrechte in Algerien, Algeria-Watch, November 2003, Übersetzung aus dem Französischen**

Ich habe Algerien im Mai 1992 verlassen, um mich in Italien niederzulassen und eine Arbeit zu suchen. Zu der Zeit war die Situation in Bosnien dramatisch, und ich verfolgte über die Medien das Schicksal dieses Volkes und seine Leiden, die durch Vertreibungen, Vergewaltigungen, Tötungen bedingt waren. Wir beobachteten diese Ungerechtigkeit, während die Welt diesem Massaker stumm zusah. Schlimmer noch, sie hinderte das bosnische Volk daran, sich zu bewaffnen, um seine Selbstverteidigung gegenüber dem serbischen Aggressor zu sichern.

Gegenüber all dem und entsprechend meiner muslimischen Erziehung, die die Unterstützung der wehrlosen Unterdrückten gebietet, folgte ich dem Ruf meiner Brüder und beschloss, nach Bosnien zu gehen, um diesem Volk zu helfen, so wie andere Völker uns während des Befreiungskampfes gegen den französischen Kolonialismus geholfen haben.

Ich ging im Oktober 1992 nach Bosnien und schloss mich den Reihen der bosnischen Armee an. Ich erhielt die bosnische Staatsangehörigkeit. Als die Zahl der Freiwilligen zunahm, riet uns der bosnische Präsident Alija Izetbegovic eine Katiba (Einheit) von Freiwilligen zu bilden, die unter der Führung der bosnischen Armee stand. Der Kampf dauerte bis 1995, als der Friedensvertrag von Dayton dem Krieg ein Ende setzte. Dies führte zu unserer Demobilisierung.

Ich bin in Bosnien geblieben, da die Verantwortlichen dieses großzügigen Landes mir die Staatsangehörigkeit gewährt hatten. Ich heiratete eine Bosnierin und wurde Vater von drei Kindern.

Im Jahr 1999, zum Zeitpunkt der internationalen Konferenz für den Wiederaufbau Bosniens, bat mich die Regierung aufgrund des Drucks der amerikanischen Administration, das Land zu verlassen. Diese empfahl der bosnischen Regierung, mich vor Gericht zu stellen, falls ich gesetzeswidrig gehandelt hätte. Die Bosnier antworteten, dass ich keine Tat begangen hätte, die eine strafrechtliche Verfolgung rechtfertigte. Die Regierung gab mir zu verstehen, dass der Druck der Amerikaner groß sei und sie ihre Wirtschaftshilfen einstellen würden, falls ich nicht aus dem Land verwiesen würde. Ich habe mich dann entschlossen, Bosnien zu verlassen, und bin im Einvernehmen beider Regierungen nach Malaysia gefahren. 2001 kehrte ich nach Bosnien zurück. Ich habe Präsident Alija Izebegovic getroffen, der mich über sein Treffen mit Präsident Abdelaziz Bouteflika im Sommer 1999 in Genf informierte. Er hatte mit ihm über meinen Fall gesprochen. Dem bosnischen Präsidenten zufolge stellte mein Fall kein Problem dar, denn Herr Bouteflika hatte ihm geantwortet, er habe soeben das Gesetz zur "zivilen Eintracht" für diejenigen erlassen, die zur Waffe gegriffen hatten und in den Untergrund gegangen waren. Aber ein Algerier, der die Waffe genommen hatte, um ein unterdrücktes Volk zu verteidigen, habe nichts zu befürchten und könne beruhigt in sein Land zurückkehren, ohne verfolgt zu werden.

Diese Nachricht erfreute mich, und ich beschloss nach elf Jahren Exil, weit entfernt von meiner Familie, nach Algerien zurückzukehren. Ich bin mit meiner Ehefrau und den drei Kindern legal eingereist.

Sechs Monate nach meiner Ankunft in Algerien wurde ich von Männern der *Sécurité militaire* in meinem Wohnhaus in Oran festgenommen. Ich wurde sofort in die Kaserne des DRS in Ben Aknoun, Algier, gebracht.

Sobald ich dort ankam, begannen alle möglichen Erniedrigungen. Von blasphemischen Sprüchen bis zu Beschimpfungen gegen meine Eltern, ich erlebte alles. Als ich diesen Schwall von Gewalt gegen mich sah, erlaubte ich mir, ihnen zu sagen, dass ich vermittelt durch den bosnischen Präsidenten den Schutz (Aman) von Präsident Abdelaziz Bouteflika hatte und er das Versprechen gegeben hatte, dass ich problemlos ins Land zurückkehren könne. Sie sperrten mich daraufhin in eine Einzelzelle, die ein mal zwei Meter groß war und warfen mir zwei Decken hin. Das war am 27. Dezember 2002.

Fünf Tage später holten sie mich aus der Zelle, um mich zu verhören. Ich wurde von ca. zehn Personen umringt. Jeder stellte seine Frage: Hatte ich Hassan Hattab getroffen? Hatte ich Kontakte zu ihm? Wo waren die anderen Mitglieder der Gruppe, mit der ich zusammenarbeiten würde? Wann hatte ich Usama Ben Laden getroffen? Worüber hatten wir gesprochen und was hatten wir beschlossen?

Als ich ihnen antwortete, dass ich keine Beziehung zu diesen Personen pflege, stürzten sie sich auf mich, zogen mich aus und schlugen mich heftig. Dann legten sie mich auf ein Holzbett und schnallten mich fest. Einer der Folterer hielt meinen Kopf, ein anderer steckte mir einen Lappen in den Mund und klemmte meine Nase zu, dann kippte er schmutziges Wasser in meinen Mund, bis ich erstickte und das Bewusstsein verlor. Diese Technik wurde mehrmals angewandt, bis ich meine Stimme verlor. Dann legten sie Stromdrähte auf verschiedene Körperteile, insbesondere auf die Geschlechtsteile, und kippten kaltes Wasser darüber. Die Stromstöße, die meinen gesamten Körper durchliefen, ließen mich aufspringen. Die Schmerzen waren furchtbar.

Ein anderer Folterer schlug mich mit einem dicken Stock auf die Füße, bis ich sie nicht mehr spürte. Nach einer Stunde schleppten mich die Folterer in die Zelle. Ich konnte nicht mehr laufen. Meine Füße waren von den Schlägen geschwollen. Sie drohten damit, mich den ganzen Tag zu foltern, wenn ich ihre Fragen nicht beantworten würde.

Nach einem Monat der Folterungen war ich völlig erschöpft. Ich konnte diese unmenschliche Behandlung nicht mehr ertragen. Sie drohten damit, meine Frau in das Zentrum zu holen und sie die gleichen Folterungen erleiden zu lassen. Sie wollten sie vor meinen Augen vergewaltigen und mich in ihrer Anwesenheit sodomisieren. Ich sagte ihnen, dass ich bereit sei, alles zu gestehen, was sie hören wollten, damit sie bloß nicht meine Ehefrau anfassten.

Dann veränderte sich die Folter. Man gab mir nur wenige Löffel einer ungenießbaren Suppe und ein kleines Stück Brot. Man erlaubte mir nur, ein halbes Glas Wasser am Tag zu trinken. Ich durfte nur mittags und abends zur Toilette. Ich konnte mich nicht reinigen und meine Waschungen für das Gebet vornehmen. Ich konnte nur einmal im Monat für fünf Minuten duschen. Dies alles geschah un-

ter allen Formen von Demütigungen und Beschimpfungen. Sie zwangen mich, auf allen vieren zu kriechen und sagten mir bei jeder Gelegenheit, sie seien die "Götter Algeriens".

Ich blieb sieben Monate lang in dieser Kaserne eingesperrt, ohne eine Nachricht von meiner Familie zu erhalten und ohne dass sie wussten, wo ich mich befand. Viele Leute durchliefen während meines Aufenthaltes diesen Ort. Sie wurden fürchterlich gefoltert, und ich hörte fast jeden Tag ihre Schreie. Später traf ich in Serkadji, wo ich bis heute in Haft bin, viele dieser Personen, die ich in dieser schrecklichen Kaserne gesehen hatte.

Der Ort, an dem ich eingesperrt war, bestand aus 17 kleinen Einzelzellen und zwei großen Sälen.

Bei einer Gelegenheit während eines Verhörs holte Colonel Hassan eine Pistole heraus und sagte zu mir: "Wenn du nicht die Wahrheit sagst, erledige ich dich und du kommst auf die Liste der Verschwundenen, und Gott weiß, dass wir viele Leute auf diese Liste gebracht haben!" Wenn ich zu Colonel Hassan sagte, dass ich den *Aman* von Präsident Bouteflika erhalten hatte, antwortete er mit Beschimpfungen gegen den Präsidenten und sagte: "Wir führen das Land, und niemand kann irgendetwas ohne uns machen."

Kurz vor unserem Transfer zur Kaserne nach Hydra sagte mir Kapitän Khaled: "Wir haben das mit dir gemacht, weil wir nicht im Kaffeesatz lesen können. Um sicher zu sein, dass du keine Gefahr für das Land darstellst und keine Kontakte zu bewaffneten Gruppen im Land hattest, benutzen wir diese Arbeitsmethode. So schützen wir die Sicherheit des Vaterlandes und des Bürgers."

Am 2. August 2003 wurde ich mit acht anderen Häftlingen in die Kaserne von Hydra geführt. Diese Männer waren: Mikraz Djamel, Kihal Maâmar, Nekkah Salah, Meghraba Mohamed, Djeddi Amar, Benhania Hassan, Aïssa und Mouhiballah.

Wir blieben bis zum 27. September 2003 in Hydra. Sie ließen mich ein Papier unterschreiben, in dem ich versicherte, "während meines Aufenthalts gut behandelt worden zu sein, und dass nichts in meiner Wohnung entwendet wurde". Dann zwangen sie mich ein Verhörprotokoll zu unterschreiben, das auf den Aussagen beruhte, die ich unter der Folter gemacht hatte. Der Offizier, der mich diese Unterlagen unterschreiben ließ, war an dem Tag betrunken und drohte mich zu töten. Er behauptete, mehrere Personen hingerichtet zu haben, und erklärte, ich solle unterschreiben. Er informierte mich darüber, dass ich dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden sollte, und gab mir zu verstehen, dass beide zu ihnen gehörten und ich keine Chance hätte, aus dem Gefängnis zu kommen.

Am Gericht Abane Ramdane in Algier informierte ich den Staatsanwalt über meine Absicht gegen meine Folterer Anzeige zu erstatten. Er sah mich an und fragte mich, ob ich ihre Namen kennen würde. Ich antwortete, dass ich nicht ihre wirklichen Namen kannte, sondern nur die Pseudonyme, die sie benutzten. Ich fügte hinzu, dass derjenige, der mich zum Gericht gebracht hatte, einer von ihnen war. Er sagte, dass ihn das nichts angehe und ich mich an den Untersuchungsrichter wenden sollte.

Als ich dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, äußerte ich die Absicht, gegen die Folterer Anzeige zu erstatten. Auch er sagte, dass ihn das nichts angehe und seine Rolle darin bestünde, mich zu befragen. Allerdings würde er mich nach Beendigung der Ermittlungen zum Staatsanwalt schicken! Er informierte mich nicht darüber, dass ich mich von einem Anwalt verteidigen lassen kann. Ich habe mich an die Worte des Offiziers erinnert, der sagte, dass die Magistrate, zu denen ich geführt werden sollte, zu ihren Leuten gehörten, dass ich ihnen immer ausgeliefert sein würde und jederzeit in die Kaserne der *Sécurité militaire* geführt werden könnte, es keinen Sinn mache, meine Rechte zu verlangen und dass allein der Gehorsam gegenüber ihren Befehlen die gesündeste Lösung sei.

## **"Weder Bouteflika noch dein Gott können dich vor uns retten"**

### **Zeugnis über die Folter von Mohamed Belkheir**

**(Observatorium für die Menschenrechte in Algerien, Algeria-Watch, 13. Mai 2003, Übersetzung aus dem Französischen)**

Mohamed Belkheir, geboren am 6. März 1964 in Thénia (Boumerdes), wohnhaft in Lakhdaria, verheiratet und Vater von zwei Kindern, Gastwirt

Ich wurde in der Nacht vom 16. zum 17. März 2003 um 00.30 Uhr von bewaffneten Männern festgenommen. Sie sagten, sie seien weder Polizisten noch Gendarmen, sondern, die "Götter Algeriens". Während meiner Festnahme haben diese Männer meine 4 und 11 Jahre alten Kinder durch ihre Schreie, Beschimpfungen und Bedrohungen aufgeweckt. Mir wurden vor den Kindern und meiner Ehefrau die Arme auf den Rücken gefesselt, und ich wurde nach draußen gedrängt. Meine Frau, die nach einer Erklärung für diese willkürliche Festnahme verlangte, wurde geschubst und ohne Rücksicht geschlagen.

Ich wurde in einen weißen Geländewagen der Marke Toyota ohne Nummernschild geworfen und musste den Kopf zwischen den Knien halten. Ich konnte die Schlange, die aus 5 Autos der gleichen Marke und einem Peugeot 405 bestand, beobachten. Einige der Männer, die mich entführten, trugen schwarze Kampfanzüge. Manche trugen Militärhelme, andere waren in Zivil. Alle hatten Kalaschnikows. Einige hatten Walkie-Talkies und kugelsichere Westen.

Während meines Transfers wurde ich an der Hand mit Haschischzigaretten, deren Geruch ich kenne, verbrannt. In der Nähe von Ben Aknoun, stülpten sie mir meine Jacke über den Kopf, damit ich nicht erkennen konnte, wohin wir fuhren. Ich merkte, dass wir nach Ben Aknoun (Vorort von Algier) fuhren. Ich kann aber nicht sagen, an welchem Ort ich zehn Tage lang eingesperrt wurde.

Sobald ich ankam, ordnete man mir brutal an, mich auszuziehen und eine grüne Militäruniform anzuziehen, die aus einer Hose und einer Kampfweste der algerischen Armee bestand. Ich wurde in der Zelle Nummer 3 gegenüber den Toiletten eingesperrt. Diese Zelle ist ein Meter breit und zweieinhalb Meter lang (bestehend aus acht 30 cm breiten Linoleumplatten). Die Wände sind bis in eine Höhe von eineinhalb Metern gekachelt. Diese Einrichtungen schienen mir vor kurzer Zeit vorgenommen worden zu sein. Aus der Ritze des Kuckfensters an der Tür sah ich 18 Zellen, die in zwei Reihen durch einen Flur getrennt waren. Während ich in der Zelle Nr. 3 war, hörte ich die Schreie eines Gefolterten. Nachdem ich die Tür der Zelle des Gefolterten sich öffnen und schließen hörte, holte man mich ab.

Ungefähr 20 Minuten nach meiner Ankunft war ich an der Reihe. Ich sollte gebückt aus der Zelle gehen und musste mich unter Schlägen und Beschimpfungen fortbewegen. Ich hörte: "Weder Bouteflika noch dein Gott können dich vor uns retten, wir können dich töten, wie wir dich freilassen können, die Entscheidung treffen wir." So wurde ich in ein Büro gebracht, wo sich acht Männer aufhielten, die böse Gesichter machten und sich wie Ganoven benahmten. Sie behaupteten, dem DRS anzugehören. Ich sollte mich auf einen Eisenstuhl setzen, der fest im Boden verankert war. Ich wollte die Gründe für die Festnahme wissen. Doch bevor ich den Satz zu Ende sprechen konnte, wurde ich auf Befehl ihres Chefs von den Folterern geschlagen. Sie sagten mir: "Entweder du sprichst hier oder du erlebst den Chiffon!" Ich wollte weiterhin wissen, warum ich mich in diesen Räumen befand. Sie schlepten mich in einen Saal, in dem ein Foltertisch mit weißen Gurten stand. Am Tischende befand sich ein aufgeschnittener 5-Liter-Plastikkanister, der mit Wasser gefüllt war. Sie zogen mich nackt aus und schnallten mich auf diesem Tisch fest. Arme, Beine, Schenkel, Füße und Brust wurden mit den Gurten festgeschnallt. Sie legten meine nasse Unterhose auf meinen Mund und verbanden meine Augen mit meinem Unterhemd. Bevor sie mit den Folterungen begangen, sagten sie mir: "Wenn du sprechen willst, hebe deinen rechten Zeigefinger!" Da ich nicht wusste, was ich sagen sollte, wurde ich stundenlang gefoltert. Ich bekam keine Luft. Sie gossen mir Seifenwasser in den Mund, während andere mich mit einem dicken Stromkabel auf alle Körperteile schlugen, aber vor allem auf meine Geschlechtsteile. Die Sitzung wurde für wenige Sekunden unterbrochen, um mir Gelegenheit zum Sprechen und zum Beantworten der Fragen meiner Peiniger zu geben. Ich verstand sie nicht. Da ich nichts zu sagen hatte, nahmen sie die Folterungen auf noch brutalerer Weise wieder auf.

Ich wurde dann von den Gurten befreit und mit einem Spitzhackenstiel auf das Gesäß geschlagen. Sie führten mich zur Zelle zurück. Bevor sie die Tür schlossen, sagten sie mir, dass ich nachdenken sollte, sie hätten Zeit.

Nach den körperlichen Folterungen kamen die psychischen. Am Abend des 17. März 2003 wurde ich erneut in den Verhörsaal geführt. Man sagte mir: "Entweder du sprichst oder wir holen deine Frau, die wir den Terroristen schenken, die in den Nachbarzellen eingesperrt sind." Unter diesen Umständen und da ich wusste, dass meine Frau mich draußen suchen würde, habe ich beschlossen, meine Qual abzukürzen, indem ich alle denunzierte, Nachbarn und Freunde. Da sie mit meinen Aussagen nicht zufrieden waren, brachten sie mich vom Verhörraum in den Foltersaal, wo sie mir die Augen verbanden und mich erneut auf dem Tisch festgeschnallten. Ich wurde dieses Mal mit Strom gefoltert: Sie wickelten ein Kabel um meinen nassen linken Zeh, dann legten sie auf mein Geschlechtsteil ein anderes Kabel, durch das ein Stromstoß lief. Sie wandten Chiffon- und Strommethode abwechselnd an. Diese Folterungen dauerten bis zum Sonntag, den 23. März. Jeden Tag folterten sie mich morgens, und abends erlitt ich erschöpft die psychischen Folterungen (Beschimpfungen und Androhungen, meine Frau zu holen und sie vor mir und den Folterern auszuziehen).

Ich hörte die Schreie der anderen Gefangenen. Ich hatte sehr große Angst vor diesen Verrückten, die zu allem fähig waren. Sie beschimpften alle: die Justiz, die NGO, politische Parteien, vor allem Aït-Ahmed (FFS) und Präsident Bouteflika mit seiner Politik der Versöhnung. Ein Folterer sagte: "Wenn Bouteflika das Problem des Terrorismus löst, mit wem werden wir dann arbeiten?"

Am Freitag, den 21. März, wurde ich den ganzen Tag nicht gefoltert.

Am Sonntag, den 23. März, sollte ich ein Stapel Blätter unterschreiben, ohne dass ich irgendetwas davon lesen konnte. Und unter der Drohung, wieder auf den Foltertisch gebracht zu werden, beschloss ich, alles zu unterschreiben, um diesen schrecklichen Ort und diese ungebildeten Folterer zu verlassen zu können und der Justiz vorgeführt zu werden. Ein Arzt untersuchte mich und stellte ein Attest aus, ohne die Verletzungen zu berücksichtigen, die ich ihm aber gezeigt hatte. Ich denke, er ist ein Komplize, der im Dienste des DRS arbeitet.

Ich wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt und unter der Androhung eine Strafe, falls ich dem Protokoll des DRS widersprechen sollte, nach Serkadji gebracht. Ich konnte aber dem Arzt des Gefängnisses die deutlichen Spuren der Folterungen zeigen. Er stellte ein Attest aus, das vom Direktor des Gefängnisses gegengezeichnet wurde. Eine Kopie dieser Bescheinigung wurde dem Untersuchungsrichter der 5. Kammer des Gerichts Algier zugeschickt. Ich wurde am 26. März 2003 in das Gefängnis gebracht, aber erst am 2. April von einem Arzt untersucht.

Ich habe keine Verbindungen zu Terroristen, weder von nahem noch von weitem. Ich bin ein einfacher Demokrat, der für seine Liebenswürdigkeit und seine Erziehung allen in der Region von Lakh-daria bekannt ist. Ich habe während der Kommunalwahlen die Kampagne der FFS von Aït-Ahmed unterstützt. Ich habe die Foltermethoden der Sicherheitskräfte verurteilt, so wie ich ein Mitglied des Sicherheitsdienstes für seine Verantwortung in Fällen von "Verschwindenlassen" in der Region von Lakh-daria verurteilt habe. Um sich zu rächen, haben sie mich zu Unrecht und ohne Beweise angeschuldigt.

Ich bitte um Ihre Hilfe, ich bin unschuldig!

# **Verschwindenlassen in Algerien**

## **Initiative für einer nationale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission**

**Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Algerien** (Übersetzung Algeria-Watch)

Auf Initiative des Kollektivs der Familien der Verschwundenen in Algerien (CFDA, Collectif des familles de disparu(e)s en Algérie) wurde am 28. Februar 2004 in Paris ein Seminar zu folgendem Thema abgehalten: Verschwindenlassen in Algerien. Auf dem Weg zu einer nationalen Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit?

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen brachten ihre Solidarität mit den Familien der Verschwundenen und den algerischen Menschenrechtlern in ihrem Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit zum Ausdruck.

Sie klagen die Missachtung an, die ihren Forderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit und Würde fortwährend entgegenschlägt.

Sie betonen die Verpflichtung des algerischen Staates, das internationale humanitäre Recht und die Menschenrechte zu respektieren, zur Geltung zu bringen und anzuwenden.

Diese Verpflichtung umfasst insbesondere:

- die schweren Menschenrechtsverletzungen und insbesondere die Fälle von Verschwindenlassen aufzuklären;
- Untersuchungen über die Menschenrechtsverletzungen anzustrengen und gegebenenfalls Maßnahmen gegen die Urheber dieser Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen entsprechend der vom algerischen Staat unterzeichneten internationalen Abkommen;
- einen wirksamen Zugang der Opfer zu einer unabhängigen Justiz zu gewährleisten;
- den Opfern angemessene juristische und andere Hilfen bereitzustellen;
- Entschädigungsleistungen für die Opfer zu gewährleisten.

Die Versammlung hat die Gründung eines Arbeits- und Planungsausschusses in Zusammenarbeit mit dem Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Algerien beschlossen. Seine Aufgaben sind:

- Vorbereitung von regionalen, nationalen und internationalen Kampagnen gegen die Menschenrechtsverletzungen und insbesondere das Verschwindenlassen;
- Untersuchung der Voraussetzungen für die Einrichtung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission.

Paris, den 28. Februar 2004

### **Teilnehmer und Erstunterzeichner:**

Samia Aïdaoui (sœur de disparu), Salim Aïdaoui (famille de disparu), Hocine Aït Ahmed (président du FFS), Abdennour Ali Yahia (président LADDH), Reda Amrouche (frère de disparu), Yahia Assam (défenseur des droits de l'Homme), Abdeslam Belmokhtar (frère de disparu), Sadia Belmokhtar (mère de disparu), Zaïma Benachour (CFDA), Madjid Bencheikh (juriste), Omar Benderra (ancien président de banque), Rabah Benlatreche (président de l'association régionale de Constantine des familles de disparus), Abdelhamid Brahimi (ancien chef du gouvernement), Sofiane Chouiter (avocat des familles), Ahmed Dahmani (économiste), Kamel Daoud (président ADHT), Yahia Djafri (universitaire), Nassera Dutour (CFDA), Khadija El Mahdi (artiste), Fatima Gallaire (écrivain), Badia Hamza Chérif Gaouar (avocate), Mohamed Harbi (historien), Ghazi Hidouci (ancien ministre de l'économie), Mouloud Hamrouche (ancien premier ministre) Amina Kadi (docteur en mathématiques et famille de disparu), Dahmane Khelil (SOS Disparu), Leïla Khelil (étudiante en droit), Abdelhamid Mehri (ancien secrétaire général du FLN) Salima Mellah (Algéria-Watch), Louiza Saker (épouse de disparu) Amine Sidhoum (avocat des familles), Salah-Eddine Sidhoum (défenseur des droits de l'Homme), Mohamed Smâin (LADDH), Ahmed Taleb Ibrahim (mouvement El Wafa), Khaoula Taleb Ibrahim (universi-

taire), Fatima Yous (présidente de SOS Disparu), Nesroulah Yous (président Vérité et justice pour l'Algérie,

Unterstützt von folgenden Organisationen : ACAT, Centre international pour une justice transitionnelle, LDH, Amnesty International, FIDH, REMDH, CEDETIM, CCFD, SOLIDA, Hourrya/Liberté.

P/ le Collectif

Nassera Dutour

---

## **Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Algerien**

**Paris, den 16. Juli 2004**

Liebe Freunde und Freundinnen,

wir danken Ihnen hiermit für die positive Aufnahme unseres Aufrufes und die Unterzeichnung unserer Petition für die Unterstützung der Familien der Verschwundenen in Algerien, die bislang annähernd 3000 Unterzeichner fand, darunter 1000 Familien, und informieren Sie über den Fortgang unserer Aktion.

Auf der Grundlage des Beschlusses des vom Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Algerien organisierten Seminars am 28. Februar 2004 wurde am 11. Mai 2004 ein Arbeits- und Planungsausschuss über das Verschwindenlassen in Algerien gegründet.

Dieser Ausschuss, dem Persönlichkeiten der Politik, Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten angehören, hat sich zum Ziel gesetzt, die Vereinigungen der Familien der Verschwundenen zu unterstützen, die Aufklärung über die Umstände der Entführungen ihrer Familienangehörigen fordern, um gerichtliche Schritte einleiten zu können.

Die Mitglieder des Ausschusses besprachen bei dieser Gründungsversammlung die Arbeitsweise der Arbeitsgruppe, erörterten die Frage der Schaffung einer "Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission" und planten die Durchführung von Seminaren in Algerien.

Am 20. Juni 2004 versammelten sich als Reaktion auf Äußerungen des Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika, die am 6. Juni in der Zeitung "El chourouk el youmi" veröffentlicht wurden, 350 Familien vor dem Präsidentenpalast, um dem Staatspräsidenten die Unterschriftenliste zu übergeben und ihre Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck zu bringen.

In diesem Zeitungsartikel behaupten "gut informierte Kreise", dass Abdelaziz Bouteflika die Entscheidung getroffen habe, eine nationale Kommission zur Untersuchung der dem Innenministerium vorgelegten Fälle der Verschwundenen einzurichten und vorrangig jene Fälle zu bearbeiten, in denen staatliche Dienste erwähnt werden, und die Familien mit 14 Millionen Dinar zu entschädigen.

Die "gut informierten Kreise" geben zu verstehen, dass die Kommissionen bei der Durchführung der Ermittlungen allerdings auf ein Problem der Wortwahl bezüglich des rechtlichen Begriffes stoßen werden, der verwendet werden soll, um die Erwähnung von eventuell darin verwickelten staatlichen Diensten zu vermeiden.

Die Entschädigungszahlungen sollen Ende Juni 2004 aufgenommen werden, aber bislang haben die Vereinigungen der Familien der Verschwundenen keine Kenntnis von tatsächlich geleisteten Entschädigungszahlungen.

Das Kollektiv der Familien der Verschwundenen wird Sie weiterhin über die Aktivitäten des Arbeits- und Planungsausschusses zum Verschwindenlassen und über die Reaktionen der algerischen Behörden in der Frage des Verschwindenlassens informieren.

Im Namen des Kollektivs

Nassera Dutour

# Jahresbericht 2004

## Amnesty International - Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2003

Der Jahresbericht 2004 gibt Auskunft über die Menschenrechtssituation in aller Welt im Jahre 2003.

### ALGERIEN

Amtliche Bezeichnung: Demokratische Volksrepublik

Algerien

Staatsoberhaupt: Abdelaziz Bouteflika

Regierungschef: Ahmed Ouyahia (löste im Mai Ali Benflis ab)

Todesstrafe: in der Praxis abgeschafft

UN-Frauenrechtskonvention: mit Vorbehalten ratifiziert

Zusatzprotokoll zur Frauenrechtskonvention: nicht unterzeichnet



Hunderte Menschen kamen im Berichtsjahr im Zuge des seit 1992 anhaltenden bewaffneten Konflikts ums Leben. Mehrere hundert Zivilisten starben bei Anschlägen bewaffneter Gruppen. Auch Hunderte Angehörige der Sicherheitskräfte und vom Staat bewaffneter Milizen verloren bei Anschlägen und Hinterhalten ihr Leben. Mehrere hundert der Mitgliedschaft in bewaffneten Gruppen verdächtige Personen fanden im Zuge von Einsätzen der Sicherheitskräfte den Tod. Folterungen waren nach wie vor weit verbreitet, vor allem in geheimer und unbestätigter Haft. Personen mit angeblichen Verbindungen zu von der Regierung als »terroristisch« bezeichneten Aktivitäten sahen sich systematischen Folterungen ausgesetzt. Menschenrechtsverteidiger waren weiterhin mit Einschränkungen durch die Behörden konfrontiert, und Journalisten gerieten nach der Aufdeckung von Korruption auf höchster Ebene ins Visier der Strafverfolger. Trotz einer lebhafteren Debatte über Menschenrechtsfragen blieb Straflosigkeit ein Haupthindernis bei der Bewältigung früherer Menschenrechtsverstöße, darunter Tausende Folterungen, Fälle von »Verschwindenlassen« und Tötungen, die seit 1992 von den Sicherheitskräften, von staatlicherseits mit Waffen ausgerüsteten Milizen und bewaffneten Gruppierungen begangen worden waren. Der 1992 verhängte Ausnahmezustand blieb in Kraft. Gegen mehrere vermeintliche Mitglieder bewaffneter Gruppierungen wurde die Todesstrafe verhängt, allerdings galt weiterhin ein Hinrichtungsmoratorium.

### Hintergrundinformationen

Infolge der offenen Machtkämpfe im Vorfeld der für April 2004 angesetzten Präsidentschaftswahlen war die politische Situation instabil. Demonstrationen, Streiks und öffentliche Proteste waren weit verbreitet, und manche der Protestaktionen führten zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Bürger Algeriens äußerten ihre Unzufriedenheit vor allem über inländische soziale, wirtschaftliche und politische Probleme, brachten aber auch ihre Ablehnung des Kriegs im Irak zum Ausdruck. Ein im Oktober 2001 verhängtes Demonstrationsverbot in der Hauptstadt Algier blieb in Kraft.

Algerische Frauenorganisationen setzten ihre Kampagne zur Reform des algerischen Familienrechts und zur Herbeiführung der rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen fort.

In der überwiegend von Amazigh (Berbern) bewohnten Kabylei im Nordosten Algeriens fanden weiterhin Verhandlungen zwischen der Regierung und einem Teil der Protestbewegung statt, die mehr Unabhängigkeit für die Region sowie die Anerkennung von Kultur und Sprache der Amazigh forderte. Im Laufe des Berichtszeitraums kamen fast alle inhaftierten kabyliischen Aktivisten unter Auflagen frei, gegen einige von ihnen waren jedoch unter der Anklage der Störung der öffentlichen Ordnung oder der Mitgliedschaft in einer nicht genehmigten Organisation Gerichtsverfahren anhängig.

32 europäische Touristen wurden in den Monaten Februar und März in der algerischen Sahara in der Nähe der Ortschaft Illizi entführt. 17 von ihnen kamen im Mai frei, und eine zweite Gruppe von 14 Personen wurde im August in Nord-Mali auf freien Fuß gesetzt, nachdem eine weibliche Geisel ums Leben gekommen war, dem Vernehmen nach infolge eines Hitzschlags. Verantwortlich für die Entführungen soll angeblich die bewaffnete Gruppierung Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (Groupe salafiste pour la prédication et le combat – GSPC) gewesen sein.

Die USA und mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union bekräftigten öffentlich ihre Unterstützung für die algerische Strategie der »Terrorismusbekämpfung« und bereiteten nach einem jahrelangen De-facto-Embargo den Weg für die Wiederaufnahme von Waffenlieferungen nach Algerien.

### **Tötungen**

Der 1992 ausgebrochene Konflikt dauerte im Berichtszeitraum weiter an. Nach von offiziellen Quellen veröffentlichten Zahlen kamen im Jahr 2003 etwa 900 Menschen ums Leben. Es gab keine Bestätigung dieser Angaben von unabhängiger Seite. Unter den Getöteten befanden sich Hunderte Zivilisten, die bei Anschlägen bewaffneter Gruppen umgekommen waren. Die dafür Verantwortlichen wurden im Allgemeinen nicht identifiziert. Überdies verloren Hunderte Angehörige der Sicherheitskräfte und vom Staat bewaffneter Milizen bei Anschlägen und Hinterhalten ihr Leben, während mehrere hundert Mitglieder bewaffneter Gruppierungen bei Einsätzen der Sicherheitskräfte den Tod fanden. Wenig oder gar nichts verlautete über Versuche, die Täter zu fassen, was Bedenken laut werden ließ, dass es sich bei manchen dieser Tötungen um extralegale Hinrichtungen gehandelt haben könnte. Unter Berufung auf Angaben der Sicherheitskräfte war in algerischen Zeitungen auch die Rede davon, dass sporadisch Frauen und Mädchen von bewaffneten Gruppierungen entführt worden seien.

### **Folterungen und geheime Inhaftierungen**

Folterungen waren nach wie vor weit verbreitet und wurden durch die anhaltende Praxis geheimer und unbestätigter Inhaftierungen begünstigt. Personen, denen man als »terroristische oder subversive Akte« bezeichnete Straftaten zur Last legte, wurden systematisch gefoltert. Beamte mit Polizeibefugnissen missachteten gesetzliche Garantien gegen Folterungen und geheime Inhaftierungen. In keinem Fall fanden umfassende, unabhängige und unparteiische Untersuchungen von Foltervorwürfen statt.

Im März wurde Mohamed Belkheir [Siehe Zeugnis in dieser Infomappe, A.v. AW] der 42-jährige Geschäftsführer eines Restaurants, festgenommen und dem Vernehmen nach über einen Zeitraum von zehn Tagen hinweg im Gewahrsam des militärischen Sicherheitsdienstes in Ben Aknoun in Algier gefoltert. Er sagte aus, dass man ihn gefesselt und gezwungen habe, große Mengen schmutziges Wasser zu schlucken. Überdies sei er geschlagen und mit Elektroschocks gequält worden. Offenbar zwang man Mohamed Belkheir, ein »Geständnis« zu unterzeichnen, ohne ihm zu gestatten, es zu lesen. Anschließend wurde er angeklagt, einer »terroristischen« Gruppierung anzugehören und der Polizei Informationen vorzuenthalten. Mohamed Belkheir bestritt die Vorwürfe. Obwohl ihn ein Arzt bei seiner Überstellung in die Untersuchungshaft untersuchte, wurden weder die wahrscheinlichen Ursachen für die an seinem Körper festgestellten Verletzungen abgeklärt noch den Foltervorwürfen des 42-Jährigen nachgegangen.

### **Straflosigkeit**

Es fanden keine umfassenden, unabhängigen und unparteiischen Untersuchungen der seit 1992 begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit statt, darunter Tausende extralegaler Hinrichtungen, vorsätzlicher und willkürlicher Tötungen von Zivilisten, Folterungen und Misshandlungen sowie Fälle von »Verschwindenlassen«. Konkrete Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen, die für im Berichtszeitraum oder in den Vorjahren von den Sicherheitskräften, vom Staat bewaffneten Milizen oder bewaffneten Gruppierungen begangene Menschenrechtsverstöße verantwortlich waren, blieben in den allermeisten Fällen aus.

### **Fälle von »Verschwindenlassen«**

Während des gesamten Berichtsjahres kam es vermehrt zu öffentlichen Debatten über die »Verschwundenen«-Problematik. Farouk Ksentini, der Leiter der staatlichen Menschenrechtskommission (Commission nationale consultative de promotion et de protection des droits de l'homme –

CNCPPDH), bekräftigte frühere Versprechungen, das Problem des »Verschwindenlassens« zu lösen, und traf sich mit Organisationen, die die Familien der »Verschwundenen« vertreten. Im September setzte Staatspräsident Bouteflika ein mit einem zeitlich befristeten Mandat ausgestattetes Gremium ein, das aus Farouk Ksentini als Vorsitzendem sowie sechs ernannten Mitgliedern der CNCPPDH besteht. Familien der »Verschwundenen« und Organisationen, die an dem Thema arbeiten, waren bei der Einrichtung des neuen Gremiums nicht konsultiert worden. Es soll als Schnittstelle zwischen den Familien der »Verschwundenen« und den Behörden dienen, ist jedoch nicht befugt, in Fällen von »Verschwindenlassens« zu ermitteln.

Da weitere Maßnahmen ausblieben, fanden auch keine Ermittlungen zur Aufklärung Tausender Fälle von »Verschwindenlassens« statt, von denen sich die meisten zwischen 1994 und 1998 ereignet hatten. Die Behörden bestritten nach wie vor, dass staatliche Agenten für ein Muster des »Verschwindenlassens« verantwortlich gewesen seien.

## **Kabylei**

Obwohl eine 2001 durchgeführte offizielle Untersuchung hinsichtlich des Todes zahlreicher regierungsfeindlicher Demonstranten in der Kabylei zu dem Schluss gelangt war, dass Gendarmen im Zuge von Polizeieinsätzen gegen die Protestkundgebungen übermäßige tödliche Gewalt eingesetzt hatten, zogen die Untersuchungsergebnisse im Berichtsjahr keine weiteren Schritte nach sich. Die Behörden erklärten, dass sie begonnen hätten, den Opfern und deren Familien Entschädigung zu leisten, in den Fällen der über 100 durch Schüsse getöteten und der mehreren hundert verletzten Menschen scheinen jedoch keine Ermittlungen eingeleitet worden zu sein. Die Behörden gaben außerdem an, dass etwa 20 Gendarmen wegen missbräuchlichen Schusswaffeneinsatzes vor Gericht gestellt worden seien. Allerdings war nicht zu erfahren, ob man auch wegen der während der Polizeieinsätze gegen die Demonstrationen in der Kabylei verübten Menschenrechtsverletzungen Gendarmen zur Rechenschaft gezogen hatte.

## **Menschenrechtsverteidiger**

Menschenrechtsverteidiger sahen sich bei ihrem Einsatz für die Menschenrechte weiterhin mit Einschränkungen konfrontiert. Manche wurden festgenommen und vor Gericht gestellt.

Die Rechte auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit blieben eingeschränkt.

Organisationen, die sich für Opfer des »Verschwindenlassens« engagierten, gelang es nach wie vor nicht, ihre Vereinigungen offiziell registrieren zu lassen. Obwohl ihre Demonstrationen im Großen und Ganzen toleriert wurden, kam es immer wieder zu Drangsalierungen und Einschüchterungsversuchen.

Im Juli wurden bei einer ihrer allwöchentlichen Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude in Oran mehrere Angehörige von »Verschwundenen« verhaftet und wegen Störungen der öffentlichen Ordnung mit Geldstrafen belegt.

Als positive Entwicklung sind der Freispruch und die Freilassung von Salaheddine Sidhoum zu verzeichnen, eines Arztes und Menschenrechtsverteidigers, der sich neun Jahre lang versteckt gehalten hatte. Nachdem er sich den Behörden gestellt hatte, hob ein Strafgericht in Algier im Oktober die 20-jährige Haftstrafe auf, die 1997 unter der Anklage, mit »terroristischen oder subversiven Aktivitäten« in Verbindung zu stehen, in Abwesenheit gegen Salaheddine Sidhoum verhängt worden war.

## **Das Recht auf freie Meinungsäußerung**

Infolge der erhöhten politischen Spannungen im Vorfeld der für 2004 angesetzten Präsidentschaftswahlen kam es zu weiteren Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Im August wurde das Erscheinen von sechs unabhängigen algerischen Zeitungen verboten. Die offizielle Begründung lautete, dass sie der staatseigenen Druckerei Geld schuldeten. Alle von ihnen hatten in den Vormonaten Artikel veröffentlicht, in denen von der Verwicklung hoher Regierungsbeamter in Korruptions- und andere Finanzskandale die Rede gewesen war. Mehrere Journalisten und Verleger wurden im Zusammenhang mit Artikeln oder Karikaturen der Beleidigung – unter anderem des Staatsoberhauptes – schuldig gesprochen und zu Bewährungs- oder Geldstrafen verurteilt.

Im November wurde Hasa Bouras, Journalist einer Lokalzeitung in der Provinz El-Bayadh, der örtliche Beamte der Korruption bezichtigt hatte, festgenommen und fast einen Monat lang in Haft gehalten. Ein Gericht befand ihn der Verleumdung schuldig und verurteilte ihn zu zwei Jahren Freiheitsentzug und einer Geldstrafe. Außerdem verhängte es gegen ihn ein fünfjähriges Berufsverbot. Im Berufungsverfahren im Dezember wurde lediglich die Geldstrafe aufrechterhalten, ihm allerdings zusätzlich auferlegt, die Kläger finanziell zu entschädigen.

Im Juli wurden mehrere ausländische Journalisten aus Algerien ausgewiesen. Dies geschah nach der Freilassung der beiden ehemaligen Anführer der verbotenen Islamistischen Heilsfront (Front Islamique du Salut – FIS), Abassi Madani und Ali Benhadj. Die Ausweisungen verfolgten den Zweck, die Berichterstattung in den internationalen Medien über die Freilassungen in Grenzen zu halten. Abassi Madani und Ali Benhadj waren 1992 nach einem unfairen Gerichtsverfahren zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Ihre Festnahme war nach dem Abbruch der ersten Mehrparteienwahlen in Algerien und dem Verbot der FIS erfolgt, die die Wahlen vermutlich gewonnen hätte. Bei ihrer Freilassung legte der Militärstaatsanwalt beiden Männern Einschränkungen ihrer bürgerlichen und politischen Rechte auf, offenbar ohne richterliche Verfügung.

### **Haftbedingungen**

Im Zuge der laufenden Justizreform sollen sich die Haftbedingungen verbessert haben. Trotzdem boten diese weiterhin Anlass zu massiver Besorgnis. Die Ergebnisse einer vom Justizminister veranlassten Untersuchung des Todes von etwa 50 Häftlingen nach Bränden in mehreren Gefängnissen im Jahr 2002 wurden nicht veröffentlicht. Während des gesamten Berichtsjahres trafen immer wieder Meldungen über Hungerstreiks von Häftlingsgruppen in verschiedenen Gefängnissen ein. Zahlreiche Insassen protestierten dagegen, dass man sie bereits über ein Jahr lang ohne Gerichtsverfahren in Haft hielt. Nach algerischem Recht dürfen Personen, denen man »als terroristische oder subversive Taten geltende Verbrechen« zur Last legt, bis zu 36 Monate lang in Untersuchungshaft gehalten werden.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) setzte seine Gefängnisbesuche fort, die es 1999 wieder aufgenommen hatte. Das IKRK konnte auch eine Reihe von Polizeistationen und Haftanstalten der Gendarmerie besuchen. Allerdings erhielt keine unabhängige Organisation Zugang zu Militärgefängnissen oder Haftanstalten unter der Verwaltung des militärischen Sicherheitsdienstes. Aus diesen Einrichtungen trafen weiterhin zahlreiche Meldungen über Folterungen, Misshandlungen und unmenschliche Bedingungen ein.

### **Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen**

Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für Fragen des Verschwindens von Personen, der UN-Sonderberichterstatter über extralegale, summarische oder willkürliche Hinrichtungen und der UN-Sonderberichterstatter über Folter erhielten 2003 keine Einreisegenehmigung für Algerien. In seinem 2003 erschienenen Bericht wies der Sonderberichterstatter über Folter darauf hin, dass ihm nach wie vor Meldungen zuzugingen, denen zufolge eine große Anzahl von Menschen Folterungen und anderen Formen von Misshandlung unterworfen sei. Der Berichterstatter erklärte überdies, dass »[die Regierung] die meisten Darstellungen mit dem Hinweis auf fehlende Anzeigen leugnet. Angesichts der Art der Vorwürfe, die [dem Berichterstatter] zur Kenntnis gebracht worden sind, ist es unsinnig, von den mutmaßlichen Opfern zu erwarten, dass sie offiziell Anzeige erstatten«. Er erinnerte die Regierung »an ihre Pflicht, in allen Fällen von Folterungen gründlich zu ermitteln, selbst wenn keine offizielle Anzeige vorliegt«.

### **Berichte und Missionen von amnesty international**

#### ***Berichte***

Algeria: Steps towards change or empty promises? (ai-Index: MDE 28/005/2003)

Algeria: Asylum-seekers fleeing a continuing human rights crisis (ai-Index: MDE 28/007/2003)

#### ***Missionen***

In den Monaten Februar und März konnten Delegierte von amnesty international zum ersten Mal seit über zwei Jahren Algerien besuchen. Im Oktober nahm ein Vertreter der Organisation als Beobachter an dem Prozess gegen Salaheddine Sidhoum teil.

# Algeria-Watch Infomappen

## Infomappe 8

### I. Zu den Präsidentschaftswahlen vom 15. April 1999

- ◆ Wahl ohne Auswahl (algeria-watch)
- ◆ Ohne die Islamisten läuft nichts (KSA)
- ◆ Algeriens verhinderter Neuanfang (NZZ)
- ◆ Eine Wahl für nichts (François Gèze)

### II. Extralegale Tötungen

- ◆ Extralegale Tötungen (Bericht von algeria-watch)
- ◆ Bentalha: Autopsie eines Massakers (Temps Présent, TSR 1)
- ◆ Entführung und extralegale Tötung (Maître Mahfoud Khelili)
- ◆ Presseerklärung von PRO ASYL zu Abschiebungen
- ◆ Operation Boudiaf (Mouvement Algérien des Officiers Libres)

## Infomappe 9

### I. Bouteflika als Friedensmacher?

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Fragiler Prozeß unter Aufsicht (J. Garçon, Libération)

### II. Justiz und Krieg

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Die algerische Justiz im Dienste des Krieges (algeria-watch)
- ◆ Concorde civile interne et crimes universels (Ibrahim Taha)
- ◆ Loi sur le rétablissement de la concorde civile (Documentation)

### III. Abschiebungen und Spione

- ◆ BGS überläßt "schmutzige" Arbeit der algerischen Polizei (aw)
- ◆ Das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien muß annulliert werden! (PRO ASYL / algeria-watch)
- ◆ Eine Spionageaffäre mit Konsequenzen (algeria-watch)

### IV. Bericht über die Folter

- ◆ FAILURE TO PROTECT: Survivors of torture from Algeria (Medical Foundation)

## Infomappe 10

### I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien nach dem Referendum (algeria-watch)
- ◆ Bouteflikas verordneter Frieden (NZZ)

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Concorde civile et interprétations (Quotidien d'Oran)
- ◆ Lourde menace contre les défenseurs des droits de l'Homme (SNAA)
- ◆ Kafkaesker Prozeß in Algerien (Libération)
- ◆ A propos Terrorismus (Zeugenaussage eines Polizeioffiziers)

### III. Flüchtlinge

- ◆ Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtling: keine Rechtfertigung!
- ◆ Abschiebung ins Ungewisse (algeria-watch)

## Infomappe 11

### I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ◆ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ◆ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ◆ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ◆ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (I. Addi)

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ◆ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- ◆ Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)
- ◆ APPELL - Die anhaltenden, von den Medien verschwiegenen Massaker zwingen uns, eine internationale Untersuchungskommission zu fordern
- ◆ Erklärung des Internationalen Komitees für den Frieden, die Menschenrechte und die Demokratie in Algerien (CIPA)

### III. Dokumentation

## Infomappe 12

### I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

### II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ◆ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ◆ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

### III. Dokumentation

- ◆ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi)
- ◆ 1999 Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

## Infomappe 13-14

### I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ◆ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ◆ Britains plans Argerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ◆ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ◆ Interview avec Ali Yahia Abdennour (LADDH)
- ◆ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages"

### III. Dokumente / Analysen

- ◆ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ◆ Mémoire à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ◆ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ◆ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziane)

## Infomappe 15

### I. Zur politischen Lage

- ◆ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ◆ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ◆ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

### II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ◆ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ◆ Wer hat Lounes Matoub getötet?

### III. Dokumentation

- ◆ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
- ◆ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
- ◆ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- ◆ Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

## Infomappe 16

### I. Unruhen in der Kabylei

- ◆ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ◆ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ◆ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

### II. Enthüllungen

- ◆ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ◆ "Alle ausrotten, die Islamisten helfen"
- ◆ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ◆ Preface to "the dirty war" bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ◆ Algerian General accused of torture escapes Investifation

### III. Internationale Reaktionen

### IV. Menschenrechtsverletzungen

### V. Generäle einst und heute

- ◆ General Nezzar greift an
- ◆ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussaresses)

# Algeria-Watch Infomappen

## Infomappe 17 (Juli 2001)

### I. Unruhen in Algerien

- ♦ Algerien im Griff des Militärs.
- ♦ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ♦ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

### II. Internationale Reaktionen

### III. Menschenrechtsverletzungen

### IV. Dokumentation

- ♦ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ♦ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ♦ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ♦ Document confidentiel de l'armée algérienne

## Infomappe 18-19 (Januar 2002)

### I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ♦ AW: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage
- ♦ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?
- ♦ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "
- ♦ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

### II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ♦ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les archs servent les desseins du pouvoir"
- ♦ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus
- ♦ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerie
- ♦ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

### III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature Journalist questioned over article about the armed forces
- ♦ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed
- ♦ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain
- ♦ Les droits de Homme malmenés en Algérie

### IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe
- ♦ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual
- ♦ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera
- ♦ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.

## Infomappe 20-21 (September 2002)

### I. Die Junta vor Gericht

- ♦ Ein Prozessbericht
- ♦ Zwanzig Jahre Knast für ein Buch
- ♦ Témoignage du Capitaine Ahmed Chouchen

### II. Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002

### III Assoziierungsabkommen EU / Algerien

### IV Der "schmutzige Krieg"

- ♦ The horrors of war aren't over yet
- ♦ Algeria: Army chief of staff says this is "my last post"
- ♦ Le pôle démocratique a disparu
- ♦ Congrès du FIS à Bruxelles
- ♦ Ce qu'ils ont fait de nous
- ♦ La presse et son nombril
- ♦ Françalgérie : sang, intox et corruption

## Infomappe 22 (Januar 2003)

### I. Neue Enthüllungen

- ♦ Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus
- ♦ Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

### II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ♦ Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne
- ♦ Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire

### III Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie
- ♦ Enlèvements et disparitions Forcées

- ♦ Un journaliste agressé décède après une tentative de suicide
- ♦ Cas d'appel sur la torture : Brahim Ladada et Abdelkrim Khider
- ♦ Aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"

## Infomappe 23 (April 2003)

### I. Bericht zur Menschenrechtslage 2002

### II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ♦ GIA. Bewaffnete islamische gruppen im Dienste der algerischen Sécurité militaire?

### III Verschwundene in Algerien

- ♦ « Une Amnestie est inéluçtable »
- ♦ Ces Algériens disparus : un dossier explosif

### IV Chirac in Algerien

- ♦ Algeria Led World in Forced Disappearances
- ♦ Jaques Chirac strebt die versöhnung mit Algerien an
- ♦ Neue freunde im Maghreb
- ♦ Nachruf : Mahmoud Khelili, Menschenrechtsanwalt

## Infomappe 24 (Juli 2003)

### I. Politische Lage

- ♦ Entlassung von Abbassi Madani und Ali Benhadj vor dem Hintergrund der Machtkämpfe innerhalb des Machtapparates
- ♦ Machtkampf in Algerien: Generäle bereiten die Ablösung des Präsidenten vor
- ♦ Algeria's ashes

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Salah-Eddine Sidhoum - ein Opfer staatlicher Verfolgung
- ♦ Die Familien der Verschwundenen machen mobil
- ♦ Algeria accused of killing thousands in secret war

### III. Erdbeben und Unruhen

### IV. Entführungen in der Sahara

- ♦ Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen

## Infomappe 25-26 (Januar 2004)

### Die Mordmaschine:

ein Bericht über Folter, geheime Haftzentren und Befehlsstrukturen

### I. Politische Lage

- ♦ Präsidentschaftswahlen in Algerien: Die Junta und die französisch-amerikanischen Rivalitäten

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Salah-Eddine Sidhoum ist frei
- ♦ Strafanzeigen gegen Algeriens Generäle
- ♦ Proteste nach der Gründungs der staatlichen ad-hoc-Kommission zur Frage der "Verschwundenen"
- ♦ LADDH: Communiqué à propos de la commission ad-hoc
- ♦ AI: New "disappearances" mechanism must lead to full investigations
- ♦ Human rights campaigner tells of finding mass grave
- ♦ Massive Einschränkungen der Pressefreiheit

### III. Enthüllungen

- ♦ DRS, GIA und Straflosigkeit

## Infomappe 27 (April 2004)

### I. Präsidentschaftswahlen vom 8. April 2004

- ♦ Die Wiederwahl Bouteflikas und was hinter den Kulissen geschah
- ♦ Präsident Algeriens wiedergewählt / Betrugsvorwürfe
- ♦ Ein ungläubwürdiges Ergebnis
- ♦ L'armée accorde 83,5% des voix à Bouteflika
- ♦ Les coulisses de la réélection de Bouteflika

### II. Enthüllungen

- ♦ Geheimdienst will Ex-Agent zum Schweigen bringen
- ♦ Un déserteur algérien a du mal à obtenir l'asile
- ♦ Geheimdienstler packen aus
- ♦ Der Mord an den Trappisten von Tibhirine

### II. Menschenrechtsverletzungen

- ♦ Voices of the Dead Echo Across Algeria
- ♦ The French connection
- ♦ More than one million internally displaced people ignored by the international community

Algeria-Watch

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (089) 14 88 28 11 22

E-Mail: algeria-watch@gmx.net - Im Internet: www.algeria-watch.org